



Industrieforum

Auf dem Weg aus der Krise

Industriepolitik

Mineralölindustrie: Fokus auf zukunftsfähige Lösungen

Industriekonjunktur aktuell

Heimische Industrieproduktion: Rückgang schon im 2. Halbjahr 2019

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzwerdungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: <http://wko.at/industrie>,
E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium

Obmann Mag. Sigi Menz, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Stellvertreter KommR DI Dr. Clemens Malina-
Altzinger, Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
kooptiert: Günter Dörflinger, MBA Christof
Industries GmbH
kooptiert: MEP Dr. Paul Rübiger, Rübiger GmbH & Co KG

Geschäftsführer

Mag. Andreas Mörk

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: 513 44 11-0
Telefax: 513 44 11-2099
Internet: <http://www.iwi.ac.at>,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Dr. Wolfgang DAMIANISCH, Kassier des IWI
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie
der Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Erhard FÜRST,
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IW
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Dir. Mag. Dr. Johannes Turner, OeNB

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: 43 1 71135 – 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung, www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Mag. Georg Kapsch, Kapsch AG
Vizepräsident Ing. Hubert Bertsch,
BERTSCH-Holding
Vizepräsident Dr. Axel Greiner, Greiner Gruppe
Vizepräsident KR Mag. Otmar Petschnig,
Fleischmann & Petschnig Dachdeckungs GmbH

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph Neumayer
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter Koren



editorial

Mag. Georg Kapsch
An der Krise wachsen

forum

Auf dem Weg aus der Krise

Interview:
Mein Ziel ist es, unsere Wirtschaft schnell wieder in Schwung zu bringen.
Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Interview:
Der Weg aus der Krise führt über Entlastung und Investitionen.
Mag. Christoph Neumayer
Generalsekretär IV

Interview:
Nach jedem Tal kommt wieder ein Anstieg und auf diesen müssen wir uns vorbereiten.
Gerald Mayer
AMAG Austria Metall AG

politik

Megatrend Plattformökonomie

Versorgungssicherheit und Lieferketten: ein globales Problem

FFG: Forschung ist der Lösungsansatz und gleichzeitig ein Konjunkturmotor

Serie: Mineralölindustrie
Fokus auf zukunftsfähige Lösungen

konjunktur

4 Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

6 Heimische Industrieproduktion: Rückgang schon im 2. Halbjahr 2019
Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

8 Branchenübersicht 34
Gesamtindustrie 35
Bergwerke und Stahl 35

Stein- und keramische Industrie 36
Glasindustrie 36
Chemische Industrie 37
Papierindustrie 37
10 PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton 38
Bauindustrie 38
Holzindustrie 39
Lebensmittelindustrie 39
12 Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie 40
NE-Metallindustrie 40
Metalltechnische Industrie 41
Fahrzeugindustrie 41
16 Elektro- und Elektronikindustrie 42
Offenlegung, Impressum 42

inhalt

An der Krise wachsen

Die Ereignisse und Herausforderungen des Jahres 2020 und darüber hinaus, werden wohl einer ganzen Generation im Gedächtnis bleiben. Das „Wie“ haben wir zum großen Teil selbst in der Hand.

Autor: Mag. Georg Kapsch

Kaum jemand hätte sich wohl vor einem Jahr die Herausforderungen vorstellen können, vor denen wir heute stehen – als Gesellschaft, als Wirtschaft, als Menschen und Unternehmen. Nicht nur für Österreich bedeuten die COVID-19-Maßnahmen einen konjunkturellen Fadenriss. Die Welt sieht sich den schwersten wirtschaftlichen Verwerfungen seit vielen Jahrzehnten gegenüber. Als kleine, offene und exportorientierte Volkswirtschaft können wir uns davon nicht entkoppeln. Aber wir können – und müssen – geeignete Maßnahmen setzen, damit aus der Wirtschaftskrise nicht noch weitere gesellschaftliche Verwerfungen resultieren, denn der massive Verlust von Arbeitsplätzen geht mit allgemeinem Wohlstandsverlust und einer wachsenden sozia-

und eine langfristige Stärkung der Krisenresilienz des Standortes, um für künftige Herausforderungen besser vorbereitet zu sein.

Der sicherste und nachhaltigste Weg aus der Krise kann nur über ein investitionsgetriebenes Wirtschaftswachstum führen. Es braucht daher geeignete Rahmenbedingungen für Investitionen, sinnvollerweise in Zukunftsbereiche wie Innovation, Technologie, Klima- und Umweltschutz. Österreich sollte hier seine Chance nützen, indem es innovativen, forschenden Unternehmen Anreize bietet, im Land zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Generell ist Entlastung für Menschen und Unternehmen gerade jetzt in dieser schwierigen Aufbauphase ein Gebot der Stunde – vor allem im Bereich der Steuer- und Abgabenlast, die in Österreich im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ist. Völlig kontraproduktiv sind daher jegliche Rufe nach neuen oder höheren Steuern als vermeintlicher Weg aus der Krise. Das Herbeireden von Verteilungskämpfen schürt lediglich Unsicherheit und steht daher der Schaffung einer positiven Investitionsatmosphäre – und damit Wachstum und Beschäftigung – klar im Weg.

Unbestritten bleibt die Notwendigkeit einer Rückführung der durch die Krisenmaßnahmen angewachsenen Staatsschulden. Ansonsten droht der Schuldenberg kommende Generationen zu erdrücken und ihnen dringend benötigte Handlungsspielräume zu nehmen. Österreich braucht daher – ähnlich wie bei der Klimaneutralität – einen konkreten, verbindlichen, mehrjährigen Stufenplan zur Rückführung der COVID-19-Stützungsprogramme bis 2030. In einem Hochsteuerland wie Österreich besteht einnahmenseitig dafür wenig bis gar kein Spielraum. Zu groß wäre die Gefahr, aufkeimendes Wirtschaftswachstum regelrecht abzuwürgen. Der Fokus muss dementsprechend auf der Ausgaben-

Der sicherste und nachhaltigste Weg aus der Krise kann nur über ein investitionsgetriebenes Wirtschaftswachstum führen.

len Unsicherheit einher. Ein Mittel gegen Unsicherheit sind stets Zuversicht und klare Perspektiven. Beides muss den Menschen nun rasch vermittelt werden. Ad-hoc-Hilfspakete für einzelne Branchen mögen kurzfristig in der Krise tauglich sein. Um aber gestärkt aus ihr hervorzugehen, braucht es drei Dinge: ein strategisch durchdachtes, langfristiges Konzept für den heimischen Wirtschaftsstandort als Ganzes, das die Voraussetzungen für neue, sichere Arbeitsplätze schafft; eine Konsolidierung des öffentlichen Haushalts;

seite liegen, wo es bekanntlich viel Potenzial gibt. Man denke etwa an die exorbitanten Kosten des Föderalismus, wie er hierzulande gelebt wird.

Effizienzsteigerungen in diesem Bereich wären ebenso wünschenswert, wie ganz generell die Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit für einen etwaigen nächsten Krisenfall. Den zahlreichen Vorteilen einer international vernetzten Wirtschaft können und sollen wir uns als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft auch künftig nicht entziehen. Dennoch haben die vergangenen Monate gewisse unvorteilhafte Abhängigkeiten Europas und Österreichs von anderen Teilen der Welt offenbart, die es zu reduzieren gilt. Der Industrie kommt bei all diesen Überlegungen eine zentrale Bedeutung zu, hat sie sich doch schon während der unmittelbaren Krisenphase als unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Land erwiesen. Diese stabile Basis gilt es daher weiter zu stärken, insbesondere in bestimmten Bereichen. Das umfasst etwa die Sicherung von Produktionsstandorten forschungsintensiver Unternehmen in Österreich. Systemrelevante Produktionen – sei es im Technologie- oder Medizinbereich – müssen hier gehalten bzw. ins Land geholt werden, indem wir Österreich zum Life Science-Zentrum im Herzen Europas machen. Energie, Mobilität und Ressourceneffizienz sind wesentliche Bestandteile für den Aufbau künftiger Strategien zur Krisenbewältigung. Wir sollten daher danach streben, bis 2025 unter den Top 3 der europäischen Energieforschung zu sein. Auch die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologie für den Energie-, Verkehrs- und Produktionssektor sind voll auszuschöpfen.

Reibungslose Online-Kommunikation hat sich im Zuge der Corona-Krise als entscheidend für die



Mag. Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung (IV)

Aufrechterhaltung zahlreicher Arbeitsabläufe erwiesen. Das wird auch in Zukunft so sein.

Aber vergessen wir bei all dem nicht die menschliche Komponente. Die Analyse der wirtschaftlichen Folgen und daraus resultierende Schlussfolgerungen müssen stets den Menschen mit einbeziehen. Wir müssen uns daher fragen, wie wir als Gesellschaft mit der Krise umgegangen sind, wie uns all das beeinflusst hat und wie entsprechende Resilienz-Strategien für die Zukunft aussehen können. Als Gesellschaft und Volkswirtschaft an dieser Krise zu zerbrechen war niemals und ist auch jetzt keine Option – an ihr zu wachsen muss sehr wohl eine sein. Daran gilt es gesamthaft und mit allem Nachdruck miteinander zu arbeiten. Dies gilt für alle Bereiche der Gesellschaft und Politik.

Gesamteuropäische Lösungen und europäische Solidarität wurden in dieser Krise ignoriert. Dies darf niemals wieder geschehen, denn nationalstaatliche Ansätze werden uns weder in Krisenzeiten noch in Zeiten des Booms in die Zukunft führen können. ■



Die Industrie und ihre Zulieferbereiche sichern jeden zweiten Job in Österreich ab, es müssen daher nachhaltige Wege gefunden werden, um die Krise zu überwinden.

Auf dem Weg aus der Krise

Der Standort Österreich muss sich jetzt für die Zeit nach der Coronakrise stark und wettbewerbsfähig aufstellen, um den drohenden Schaden zu minimieren.

Die derzeit herrschende weltweite Krise betrifft alle Branchen und Bereiche der Wirtschaft, entsprechend umfassend werden auch die zu erwartenden negativen Auswirkungen sein. Auch die Industrie ist von der Krise erfasst worden. Weltweit wächst der Druck auf die Industrienachfrage, zusätzlich wurden wichtige internationale Lieferketten unterbrochen. Auch wenn es der heimischen Industrie gelungen ist, trotz Shutdown die Produktionen weitest-

gehend aufrecht zu erhalten, sind die Auswirkungen auf die Industrieunternehmen entsprechend groß. In einigen Branchen werden die Folgen der Krise erst Zug um Zug kommen.

Eine Umfrage der Wirtschaftskammer Österreich in Zusammenarbeit mit dem Complexity Science Hub zeigt deutlich die Auswirkungen der Coronakrise auf die Unternehmen der Industrie sowie notwendige Maßnahmen. (siehe Tabelle 1 und 2)

Konkrete Auswirkungen wegen Covid-19 auf das Unternehmen in der Sparte Industrie*

Reiseeinschränkungen	65 %
Umsatzrückgänge	62 %
Absagen von Messen oder Veranstaltungen	55 %
Quarantäne von Mitarbeitern	49 %
Stornierung von Aufträgen	45 %
Unsicherheit	44 %
Belieferungs- bzw. Zustellungsprobleme	41 %
Zulieferungsprobleme	33 %
Zusätzliche Lageraufstockung	32 %
Liquiditätsengpässe	18 %
Vermehrte Zahlungsausfälle	17 %
Fehlen von Schlüsselarbeitskräften	14 %
Personalabbau	8 %
Drohende Betriebsschließung	7 %
Drohender Konkurs	3 %
Vertragsstrafen	2 %
Keine	7 %

Quelle: WKO; *Mehrfachantworten möglich

Maßnahmen auf dem Weg aus der Krise

Jetzt sind wirkungsvolle Maßnahmen und Strategien notwendig, damit die österreichische Wirtschaft gut aus der Krise und wieder in Schwung kommen kann. Dazu F. Peter Mitterbauer, CEO Miba AG: „Mit der Corona-Kurzarbeit und den sonstigen Maßnahmen haben wir in Österreich im internationalen Vergleich gute Instrumente, um Betriebe und Arbeitnehmer durch die erste Phase der Krise zu bringen. Doch der Staat kann langfristig die Wirtschaftsleistung des Landes nicht ersetzen. Daher ist es wichtig, alles zu unternehmen, um die Wirtschaft vorsichtig wieder zurück ins Leben zu führen. Entscheidend wird sein, den Menschen eine Perspektive zu geben und diese klar zu kommunizieren – denn wenn die Bevölkerung und die Betriebe zuversichtlich nach vorne schauen, dann werden sie wieder konsumieren und investieren.“

Rob van Gils, CEO der HAI-Gruppe, wird konkreter: „In der aktuellen Phase ist weiter gutes Krisenmanagement gefragt: Weiterhin schnelle und unbürokratische Hilfe für besonders betroffene

Unternehmen, damit es zu keiner „Insolvenzwelle“ kommt. Eine enge Abstimmung seitens der Regierung mit Banken und Kreditversicherern, um die Liquidität sicherzustellen. Bis Krisenende muss das bestehende Kurzarbeitsmodell aufrechterhalten werden damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben – das vermeidet eine generelle Depression (Existenzängste) und ermöglicht es den Unternehmen wieder schnell „durchzustarten“, wenn die Nachfrage wieder steigt.“

Für die Zeit am Ende bzw. nach der Krise sind verschiedene Konjunkturmaßnahmen notwendig – ideal mit speziellem Fokus auf die Umwelt, da der European Green Deal ja auch auf der Agenda steht und durch Corona maximal „aufgeschoben“ wurde. Dazu zählen z. B. eine Abwrackprämie für Autos, Zusatzförderungen für die Anschaffung von E-Autos, die Förderung von

Es braucht weiterhin schnelle und unbürokratische Hilfe für besonders betroffene Unternehmen, damit es zu keiner Insolvenzwelle kommt.

thermischer Sanierung von Gebäuden und dem Ausbau von regenerativen Energien. Aber auch Förderungen für Industrieinvestitionen, Investitionen in die Infrastruktur und natürlich wichtige Steuerentlastungen. ■

Autor: Herta Scheidinger

TOP-3 Maßnahmen in der Industrie*

Kurzarbeitsunterstützung	77 %
Stundungen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen	56 %
Haftungsübernahmen bei Liquiditätsengpässen	48 %

Quelle:WKO; * Mehrfachantworten möglich

„Mein Ziel ist es, unsere Wirtschaft schnell wieder in Schwung zu bringen“

Dr. Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, über Kurzarbeit, weitere Hilfspakete und eine größere Autarkie Europas bei kritischen Produkten.

Aktuell haben 549.662 Menschen in Österreich keinen Job und 1,3 Millionen Menschen arbeiten in Kurzarbeit. Wird sich die Lage durch die Coronakrise noch verschärfen, oder haben wir das Schlimmste bereits überwunden?

Margarete Schramböck: Die Coronakrise hat leider zu hohen Arbeitslosenzahlen in Österreich geführt. Derzeit gehen die Zahlen aber in die richtige Richtung. Damit das auch so bleibt, setzen wir als Bundesregierung mehrere Maßnahmen. Beispielsweise sind Jugendliche besonders betroffen. Mit einem Lehrlings-Bonus von 2.000 Euro pro neu eingestelltem Lehrling geben wir Unternehmen einen Anreiz, damit diese auch dieses Jahr junge Menschen in ihren Betrieben ausbilden.

Fürchten Sie keine Pleitewelle Ende Juni, wenn die Kurzarbeitsprogramme enden?

Die spezielle Corona-Kurzarbeit hat bisher mehr als 1,3 Millionen Arbeitsplätze gesichert und ist eines der wichtigsten Kriseninstrumente. Daher haben wir sie von drei Monaten um weitere drei Monate verlängert. Uns ist wichtig, dass die Beschäftigten in den Unternehmen bleiben, damit sie nachher wieder schnell beginnen können und die Produktion und die Dienstleistungen rasch wieder aufgenommen werden können.

Ist ein neuerlicher Shutdown bei einer zweiten Welle der Pandemie denkbar?

Wir werden mehrere zielgerichtete Pakete vorlegen, um ein rot-weiß-rotes Comeback möglich zu machen. Besonders wichtig ist dabei eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen.

Oberstes Ziel ist es, einen neuerlichen Rückschlag bei den Infiziertenzahlen zu vermeiden. Daher haben wir uns dafür entschieden,

schrittweise zur Normalität zurückzukehren. Jede und jeder trägt dafür Verantwortung, dass wir die Infektionsrate geringhalten.

Lässt sich dieser Schaden durch die aktuelle Krise mit den aktuellen Hilfspaketen aus Ihrer Sicht bewältigen oder wird es noch teurer werden?

Laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission soll das heimische Bruttoinlandsprodukt heuer um 5,5 Prozent sinken und im Jahr 2021 wieder um fünf Prozent wachsen. Im EU-Vergleich steht nur Polen und Luxemburg besser als Österreich da. Wir haben also eine gute Startposition. Mein Ziel ist es, unsere Wirtschaft schnell wieder in Schwung zu bringen und dafür bereiten wir gerade ein umfassendes Maßnahmenpaket vor. Mit steigender Zuversicht der Menschen und mehr Konsum werden auch die Unternehmen vermehrt investieren. Hier werden wir auch Maßnahmen setzen, um Anreize für Investitionen zu setzen.

Viele Unternehmen gehen davon aus, dass weitere Hilfspakete bzw. eine Verlängerung der Kurzarbeitsregelung noch notwendig sein werden. Plant die Regierung hier noch weitere Schritte?

Ja, wir werden mehrere zielgerichtete Pakete vorlegen, um ein rot-weiß-rotes Comeback möglich zu machen. Erstens braucht es nun Steuerentlastungen für die arbeitenden Menschen. Der private Konsum, der in den letzten Jahren eine wichtige Stütze der österreichischen Konjunktur war, soll damit gefördert werden. Ein zweiter Schwerpunkt müssen Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft sein, damit wieder Arbeitsplätze geschaffen und bestehende erhalten werden können. Drittens brauchen wir Investitionen, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung. Hier werden wir zeitnah unsere Pakete vorlegen.

Wären jetzt nicht auch steuerliche Maßnahmen – Investitionsfreibeträge, Steuerbegünstigten und dergleichen – als Hilfsmaßnahmen für die heimischen Betriebe sinnvoll?

Für heimische Betriebe sind Steuerstundungen und -erleichterungen bereits möglich. Insgesamt wurden bereits über sechs Milliarden Euro an Steuern gestundet. Natürlich braucht es noch weitere Maßnahmen, wie bereits vorhin erwähnt. Vor allem, wenn es um die Stärkung der Produktion im Inland geht, können Steuerentlastungen für ein industriefreundliches Umfeld sorgen.

Besonders in der Industrie hat sich eine hohe Abhängigkeit von globalen Lieferketten offenbart. Wird man in Zukunft eine Reindustrialisierung Österreichs fördern, um diese internationalen Abhängigkeiten zu reduzieren?

Wir wissen nicht, wie die nächste Krise aussieht. Aber wir müssen vorbereitet sein. Daher braucht es eine Renaissance der Produktion in Europa, um in Zukunft noch schneller reagieren zu können und für weitere Krisen gerüstet zu sein. Wir müssen zentrale Bereiche, die sich jetzt als lebensnotwendig herausgestellt haben, stärken und die Autarkie Europas bei kritischen Produkten erhöhen. Ich denke hier vor allem an sensible Bereiche, wie beispielsweise die Produktion von Medikamenten oder von medizinischer Schutzausrüstung. Gleichzeitig müssen wir die Wertschöpfungsketten in Zukunftstechnologien und Schlüsselbereichen wie der Digitalisierung und der Dekarbonisierung in Europa stärken. In der Vergangenheit ist es uns bereits bei Halbleitern oder auch bei Batterien gelungen. Wir haben in Österreich hochinnovative Unternehmen, die in Höchstqualität und schnell produzieren. Wir haben auch ein Investitionskontrollgesetz vorgelegt, um den Ausverkauf von zentralen Unternehmen an strategisch agierende Investoren aus dem EU-Ausland zu verhindern.

Es zeigte sich, dass Österreich in den letzten Jahren zwar seine Hausaufgaben im Bereich Digitalisierung gemacht hat, aber noch immer Schwächen vorhanden sind. Wo sehen Sie großen Handlungsbedarf und



mit welchen Maßnahmen sollen diese Schwächen ausgemerzt werden?

Wir wollen Österreich zu einer der führenden Digital-Nationen Europas machen. Bisher werden die Chancen der Digitalisierung von Österreichs KMU noch nicht in vollem Umfang genutzt. Die Corona-Krise war nun für viele ein Weckruf, künftig auch stärker auf digitale Geschäftsmodelle zu setzen. Beispielsweise gibt es nun einige Unternehmen, die erstmals im E-Commerce tätig sind. Wir haben hier als Erstmaßnahme einen Online-Marktplatz auf oesterreich.gv.at in Kooperation mit verschiedenen bereits bestehenden österreichischen Plattformen ins Leben gerufen. Unser Ziel ist, dass unsere KMU nicht vor den großen Digitalkonzernen in die Knie gehen, sondern ihnen die Stirn bieten. Außerdem werden wir die digitalen Services der Verwaltung weiter ausbauen.

Eine große Frage, die sich heute schon viele stellen ist, wer wird die Kosten dieser Krise bezahlen?

Mehr Steuern sind nicht die Lösung. Es geht nicht um Einzelmaßnahmen, zunächst geht es einmal darum, wieder die Wirtschaft anzukurbeln. ■

Interview: Stephan Scoppetta

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck will aus Österreich eine der führenden Digitalnationen Europas machen.



„Der Weg aus der Krise führt über Entlastung und Investitionen“

Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, ist davon überzeugt, dass die Österreicher bisher gut durch die Krise gekommen sind.

Digitalisierung, Forschung und Technologie sind für Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), nach Corona die Wachstumstreiber der Zukunft – sofern sich Österreich dafür attraktiv positionieren kann.

Corona hat tiefe Spuren in der heimischen Wirtschaft hinterlassen. Lässt sich abschätzen, wie dramatisch die Folgen sein werden?

Christoph Neumayer: Die weltweiten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind nicht nur menschlich, sondern auch wirtschaftlich dramatisch. Was Österreich betrifft, sehen wir uns – abgesehen von Kriegszeiten – der schwersten Rezession seit 1929 gegenüber. Die Prognose der Industriellenvereinigung geht angesichts dessen von zumindest einem realen Bruttowertschöpfungs-Rückgang von 7,6 Prozent für das Gesamtjahr 2020 aus.

Wie lange werden wir aus Ihrer Sicht brauchen, um diesen Schaden wieder zu kompensieren bzw. wann werden wir wieder auf dem Vor-Corona-Niveau sein?

Geht man von den momentanen Voraussetzungen aus, rechnen wir mit einer ersten wirtschaftlichen Erholung in Österreich voraussichtlich erst im 3. Quartal 2020. Ein kräftigerer Rebound-Effekt ist ab dem vierten Quartal 2020 vor allem im Bereich der Investitionsaktivitäten zu erwarten, während sich die privaten Konsumausgaben wohl erst während 2020/21 langsam wieder erholen werden.

Welche Auswirkungen erwarten Sie hier auf den heimischen Arbeitsmarkt?

Derzeit sind wir mit mehr als 500.000 Arbeitslosen und 1,3 Mio. Menschen in Kurzarbeit konfrontiert. Die Corona-Kurzarbeit ist ein wichtiges Instrument, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst in Beschäftigung zu halten. Dennoch wird eine langfristige Erholung am Arbeitsmarkt sicherlich noch dauern.

Hat es uns wirklich Vorteile gebracht, dass wir in Österreich quasi Musterschüler der Coronakrise waren und mit dem Shutdown sehr früh dran waren?

Es zeigt sich, dass Österreich bisher jedenfalls besser als viele andere Länder durch diese Krise gekommen ist. Das lässt sich nicht nur an den sehr positiven medizinischen Kennzahlen ablesen, sondern auch am Tempo und Ausmaß der Lockerungen. Insofern kann man hier – relativ zu anderen Staaten – sicherlich von Vorteilen sprechen. Aber das ist für die exportorientierte Industrie vergleichsweise ein schwacher Trost ...

... denn das Problem ist, dass unsere Nachbarländer

Jetzt muss es vor allem darum gehen, Anreize für Investitionen zu schaffen und Lohnnebenkosten zu senken.

deutlich später dran waren und gerade die sehr exportorientierte Industrie in Österreich ohne den Nachbarn sowie den USA die Produktion nicht hochfahren können. Haben wir daraus also gar keinen Vorteil?

Dass wir in Österreich in der Produktion keinen Shutdown hatten und früher als andere Länder zu einer gewissen Normalität übergehen können, ist an sich positiv. Ein komplettes Herunterfahren der industriellen Produktion – wie wir das in Italien gesehen haben – ist uns erspart geblieben. Dass es nun aber europäisch und international betrachtet Asynchronitäten gibt, macht die Sache herausfordernd. Unser unmittelbarer Nachbar und wichtigster Handelspartner Deutschland ist jedoch auf einem vergleichbar guten Weg wie wir. Umso wichtiger ist nun ein koordiniertes europäisches Vorgehen. Denn der ungehinderte Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Mobilität von Arbeitskräften sind für die Aufrechterhaltung des Wohlstandes in Europa absolut entscheidend.

Sind Sie mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Die gesetzten Maßnahmen waren zum jeweiligen Zeitpunkt nachvollziehbar – und wurden daher auch von der heimischen Industrie mitgetragen. Man muss bei all dem aber immer bedenken: Keine österreichische Bundesregierung hat sich je zuvor in einer derartigen Lage befunden. Vor diesem Hintergrund hat – auch im Vergleich mit anderen Ländern – das Krisenmanagement auf den ersten Blick gut funktioniert.

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Schritte, die die Politik nun setzen muss, um das Schlimmste für die heimischen Unternehmen aber auch Arbeitsmarkt abzuwenden?

Die von der Bundesregierung angekündigten Schwerpunkte – Steuerentlastung für arbeitende Menschen, Entlastung der Wirtschaft, Förderung von Investitionen – sind ein wichtiges Signal. Aus unserer Sicht braucht es kluge Unterstützungsmaßnahmen für die Unternehmen, basierend auf drei Säulen: investitionsgetriebenes Wachstum,

effiziente Administration und ein Restart-Programm. So etwa eine Steuerbefreiung für nicht-entnommene Gewinne oder eine Vorziehung der für 2023 geplanten Senkung der Körperschaftssteuer auf 21 Prozent. Jetzt muss es vor allem darum gehen, Anreize für Investitionen zu setzen. Eine Investitionsprämie auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten von digitalisierungs- und umweltfördernden Investitionen in der Höhe von zehn Prozent für Digitalisierungsinvestitionen und zehn Prozent für umweltfördernde Investitionen sollte eingeführt werden. Die Lohnnebenkosten – etwa der Unfallversicherungsbeitrag – müssen weiter gesenkt und ganz grundsätzlich der Faktor Arbeit möglichst entlastet werden. Die von der Bundesregierung angekündigte Steuer- und Abgabensenkung in Richtung 40 Prozent muss weit oben auf der Agenda bleiben. Der Weg aus der Krise führt über Entlastung und Investitionen.

Es tauschen bereits Forderung nach einer „Reichensteuer“, „Erbchaftssteuer“ etc. auf, um die Kosten der Krise zu refinanzieren. Wäre das wirklich sinnvoll?

Genau das wäre ein solcher Fehler, der sich im Hinblick auf Wachstum und Arbeitsplätze dramatisch auswirken könnte. Die Coronakrise zehrt am Eigenkapital von Unternehmen. In den nächsten Jahren dürfen Investoren, die bereit sind Risiko zu übernehmen, keinesfalls verschreckt werden. Ideologie und Klassenkampf aus der politischen Mottenkiste sind da wenig hilfreich.

Wie soll man also die Krise refinanzieren?

Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Krise hat daran nichts geändert. Eine wachstumsorientierte und effizienzsteigernde Budgetkonsolidierung ist möglich, das haben die vergangenen Jahre bewiesen. Zumal in einem Höchststeuerland wie Österreich einnahmenseitig keinerlei Spielraum mehr vorhanden ist. ■

Interview: Stephan Scoppetta



„Nach jedem Tal kommt wieder ein Anstieg und auf diesen müssen wir uns jetzt vorbereiten.“

Gerald Mayer, CEO der AMAG Austria Metall AG, über die Folgen der Coronakrise, die stabile Nachfrage aus dem Verpackungsbereich sowie Spezialisierung und Innovation als Chance für die Zukunft.

Im ersten Quartal glänzt die AMAG mit einem ausgezeichneten Ergebnis. Anstieg der Profitabilität im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres, Anstieg des operativen Ergebnisses (EBITDA) auf 36,5 Millionen Euro vor allem aufgrund niedrigerer Rohstoffkosten. 2020 hätte ein gutes Jahr werden können. Enttäuscht darüber, wie es nun mit Corona gekommen ist?

Gerald Mayer: Wir hatten einen guten Start in das Jahr mit Absatzsteigerungen im Bereich der Walzprodukte für die Automobil- und Luftfahrtindustrie. Ein erster marktbedingter Rückgang war bereits im Handelsgeschäft zu verzeichnen. Im Segment Metall, mit der kanadischen Elektrolysebeteiligung, konnte aufgrund günstiger Rohstoff- und Energiekosten das Ergebnis gesteigert werden. Mit der

Tragweite dieser globalen Krise hat niemand gerechnet. In den ersten Tagen der Coronakrise ging es um Krisenmanagement, nun geht es um die Abschätzung der strategischen Folgen und entsprechende Anpassungen.

Sie rechnen bereits mit einem spürbaren Ergebnisrückgang im Vergleich zu 2019. Lässt sich schon sagen, wie schlimm es werden wird?

Das Ausmaß dieses Rückgangs ist aufgrund der hohen Marktunsicherheiten derzeit nicht prognostizierbar. Die Märkte sind aktuell geprägt von einer hohen Volatilität an den Rohstoff- und Devisenmärkten und von einer sehr niedrigen Visibilität bei einer anhaltend niedrigeren Kundennachfrage, vor

allem in der Automobil- und Luftfahrtindustrie. Der Verpackungsbereich läuft wiederum sehr gut. Unser breites Produktportfolio kommt uns hier jedenfalls zugute. In Summe wird die Krise nachhaltige Spuren in vielen Kundensegmenten hinterlassen.

Wie Sie sagen, hat der Shutdown der letzten Wochen gerade in der Automobil- und Luftfahrtbranche tiefe Spuren hinterlassen. Können Sie das durch andere Geschäftsfelder kompensieren?

Im Moment ist die Nachfrage aus der Automobil- und Luftfahrtindustrie sehr niedrig. Der Flugverkehr und der Autohandel sind praktisch zum Erliegen gekommen. Auslastungsprobleme und wochenlange Stillstände in den Flugzeug- und Automobilwerken waren die unmittelbare Folge. Umgekehrt liegt die Nachfrage aus dem Verpackungsbereich voll auf Plan. Ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Strategie ist unsere breite Aufstellung, die uns im aktuellen Marktumfeld als stabilisierender Faktor besonders zu Gute kommt. Durch unser breitgefächertes Produkt- und Kundenportfolio, mit einer Vielzahl von Spezialprodukten, ist die Abhängigkeit von einzelnen Schlüsselkunden und -industrien reduziert. Die Kompensation von Ausfällen in strategisch wichtigen Bereichen ist hier aber auch nur eingeschränkt möglich.

AMAG ist auch beim Thema Verpackung sehr stark, durch Corona ist hier die Nachfrage in den letzten Wochen sicher gestiegen. Werden Sie dieses Geschäftsfeld weiter ausbauen?

Die Nachfrage aus diesem Bereich ist anhaltend gut. Wir sind ein systemrelevanter Betrieb. Unser Aluminium wird für die Verpackung von Lebensmitteln, Medikamenten oder Tiernahrung verwendet. Wir entwickeln unser breites Produktportfolio kontinuierlich weiter. Die Verpackung behält dabei eine wichtige Rolle.

Wie werden Sie sich in den nächsten Monaten aufstellen und welche Maßnahmen werden Sie nun setzen, um den Schaden 2020 möglichst gering zu halten?

Zu Beginn war Krisenmanagement zur Aufrechterhaltung des Betriebs mit besonderem Augenmerk auf die Gesundheit und Sicherheit unserer Mitarbeiter erforderlich. Nun geht es unter den gegebenen Rahmenbedingungen um die Absicherung der Lieferfähigkeit und den Erhalt einer hohen Flexibilität zur Reaktion auf Auslastungsschwankungen in den einzelnen Produktionsbereichen. Dazu haben wir mit 1. April 2020 Kurzarbeit eingeführt. Parallel dazu arbeiten wir an der Effizienzsteigerung und Reduktion der Strukturkosten. Parallel überprüfen wir unsere Strategie und richten unseren Blick nach vorne auf kommende Chancen. Wir setzen jedenfalls weiterhin auf Spezialisierung und Innovation sowie die zunehmende Bedeutung von Kreislaufwirtschaft und Recycling und damit auf den effizienten Einsatz von Rohstoffen und Energie.

Haben wir das Schlimmste aus Ihrer Sicht bereits überstanden oder kommt da noch mehr auf uns zu?

Corona ist vorerst in Österreich und Deutschland – rund 20 Prozent unserer Mitarbeiter kommen von dort – scheinbar im Griff. Nun geht es um den geregelten Hochlauf, den manche Branchen sehr rasch wieder schaffen werden, in anderen wird das ein steinigere Weg. Für den Weg aus der Krise ist es wichtig Jobs zu sichern und damit die Zuversicht der Menschen zu stärken. Eine wirksame Behand-

Nun geht es um einen geregelten Hochlauf, den manche Branchen sehr rasch wieder schaffen werden, in anderen wird es ein steiniger Weg.

lung von Corona sowie ein Impfschutz sind wesentliche Meilensteine dabei.

Die AMAG ist ein stark exportorientierter Konzern. Besonders die USA und China sind wichtige Märkte für Sie. Wie werden sich diese Märkte aus Ihrer Sicht entwickeln?



Für die AMAG waren die Lieferketten in der gesamten Krisenzeit abgesichert. Dadurch gab es nur Verzögerungen aber keine Ausfälle bei der Auslieferung.

China trägt rund 40 Prozent zur weltweiten Nachfrage nach Walzprodukten von insgesamt 28 Millionen Tonnen bei. Wir haben 2019 rund vier Prozent unseres Absatzes in Asien erwirtschaftet. Nordamerika, unser wichtigster Überseemarkt mit 27 Prozent Anteil am Umsatz 2019, liegt bei knapp 20 Prozent Anteil an der weltweiten Nachfrage. Wir liefern annähernd die gesamte Produktion unserer kanadischen Elektrolyse sowie Walzprodukte aus Ranshofen in die USA. Sowohl der Verlauf der Corona-Pandemie als auch die aktuelle innenpolitische Entwicklung und die stark gestiegenen Arbeitslosenzahlen in den USA lassen eine seriöse Einschätzung zurzeit nicht zu. China scheint zwar bereits etwas weiter in der Krisenbewältigung zu sein. Auch dort ist nach Jahren des Wachstums ein spürbarer Rückgang in der Nachfrage zu erwarten. Im globalen Handel mit Aluminium ist es vor allem durch die amerikanische Zollpolitik schon in den letzten beiden Jahren zu massiven Verschiebungen und Preisvolatilitäten gekommen. Mit Überkapazitäten in China und mangelnden Kapazitäten in den USA sind weitere Ausgleichsbewegungen zu erwarten.

Corona ist ein weltweites Problem. Damit ist eine regionale Diversifikation im Grunde auch nicht möglich. Wie lässt sich solchen Risiken in Zukunft begegnen?

Die Coronakrise betrifft die gesamte Welt in ähnlichem Ausmaß. Für heuer erwartet die Walzwerksbranche aktuell einen Rückgang in der Nachfrage von rund 10 Prozent global im Vergleich zum Vorjahr. Damit kann sich kein Hersteller diesem Problem entziehen. Unser Heimmarkt Europa hat in

dieser Situation an Bedeutung gewonnen. Wichtig sind kurze Lieferzeiten nach Nordamerika und Asien, um mit lokalen Anbietern mithalten zu können.

Die heimische Industrie diskutiert derzeit eingehend das Thema Lieferketten, die sich in der Krise als besonders anfällig erwiesen. Hatten auch Sie mit diesem Problem zu kämpfen?

Die Lieferkette war für uns über den gesamten Zeitraum der Krise abgesichert. Wir hatten keine Ausfälle. Es gab lediglich einige leichte Verzögerungen bei der Auslieferung. In den letzten Wochen ist jedenfalls das Bewusstsein für die starken globalen Abhängigkeiten der europäischen Wirtschaft gestiegen. Lokale Wertschöpfung und funktionierende Lieferketten gewinnen an Bedeutung. Wir haben uns vor vielen Jahren auf das Recycling konzentriert und setzen mit Aluminiumschrott auf einen Rohstoff, der in Europa in ausreichender Menge verfügbar ist. Hier sind wir jedenfalls gut aufgestellt.

Ende Juni laufen die Kurzarbeitsprogramme aus. Denken Sie, dass die drei Monate für diese Hilfsmaßnahmen ausreichend sind oder wird hier zusätzliche Hilfe notwendig werden?

Den kürzlich gefassten Beschluss zur Fortführung der Kurzarbeit begrüßen wir. Es ist aber jetzt schon absehbar, dass die Kurzarbeit in einzelnen Industrien über den September hinaus benötigt wird.

Welche Maßnahmen werden aus Ihrer Sicht nun politisch notwendig, um den Arbeitsmarkt zu stützen und auch viele Betriebe vor dem Untergang zu retten?

Die politischen Entscheidungsträger sind nun gefordert, das Vertrauen der Konsumenten und deren Zuversicht wiederherzustellen und so den Konsum in Gang zu bringen. Dazu werden auch finanzielle Anreize hilfreich sein.

Wäre nicht auch eine Steuerreform notwendig, um die Betriebe zu entlasten?

Gerade die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig eine solide Eigenkapitalbasis für den Fortbestand von

Unternehmen ist. Entlastungen, beispielsweise bei den Lohnnebenkosten sowie der Körperschaftsteuer, sowie die Schaffung von Anreizen für Investitionen und Innovationen in Form von Prämien wären klare Signale für den Wirtschaftsstandort.

Die Bundesregierung hat im Regierungsprogramm noch immer den Plan einer Ökologisierung des heimischen Steuersystems stehen. Geplant war die Reform für 2020, aber vermutlich wird diese erst in den nächsten Jahren kommen. Denken Sie, dass das jetzt wirklich Sinn macht?

Ein Umbau des Steuersystems zu diesem Zeitpunkt erfordert enormes Fingerspitzengefühl. Die Wirtschaft ist angeschlagen. Mehrbelastungen sind nicht zumutbar. Es bedarf jedenfalls einer schrittweisen und langfristigen Herangehensweise. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die auch globale oder zumindest gesamteuropäische Lösungen braucht. Nur wenn dort produziert wird, wo der Umweltschutz einen hohen Stellenwert hat, werden sich positive Effekte für das Weltklima ergeben. Zentral dafür sind technologische Innovationen und entsprechende Investitionen sowie die Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Faktoren. Wir haben in Österreich bereits viel erreicht in Bezug auf Klimaschutz. Dieser Umstand sollte in einen globalen Kontext gesetzt und bei künftigen Entscheidungen berücksichtigt werden. Allfällige Steuern dürfen nicht zu einer weiteren Bevorteilung von Produzenten außerhalb Europas führen.

AMAG ist in einer sehr energieintensiven Branche tätig, würden dem Unternehmen daraus nicht Nachteile erwachsen?

Wir setzen seit Jahren auf die nachhaltige Produktion von Aluminium. Dazu haben wir umfangreiche Investitionen in Recycling-Technologien und energieeffiziente Produktionsanlagen getätigt. Mit einer Schrotteinsatzrate zwischen 75 und 80 Prozent liegen wir im globalen Spitzenfeld. Unser Ziel ist es, bei steigender Produktion diese hohe Schrotteinsatzrate zu halten. So werden wertvolle Ressourcen geschont und auch Energie gespart. Im Vergleich zur Produktion von Primäraluminium in

einer Elektrolyse sind beim Recycling im Vergleich nur rund fünf Prozent der Energie aufzuwenden. Das sollte zu Vorteilen am Markt führen.

Wäre so ein Umbau des Steuersystems nicht auch eine Chance für heimische Betriebe wie die AMAG?

Wir haben uns bereits sehr hohe Umweltstandards in unserem Land erarbeitet. Im Falle einer internationalen Vereinheitlichung des Abgabensystems im Umweltbereich würden sich durchaus Chancen ergeben. So sehen wir seit längerem eine steigende Nachfrage nach nachhaltig hergestellten Produkten mit geringen CO₂-Emissionen sowie einen Trend zur Kreislaufwirtschaft. Wir setzen ganz klar auf die Entwicklung neuer hochqualitativer Spezialprodukte mit hervorragender Umweltbilanz. Mit 155 Mitarbeitern in der Forschung und Entwicklung sind wir am Puls der Zeit in der Materialentwicklung. Unser Primäraluminium wird in Kanada mit Strom

Ein Umbau des Steuersystems zu diesem Zeitpunkt erfordert enormes Fingerspitzengefühl. Die Wirtschaft ist angeschlagen und Mehrbelastungen sind nicht zumutbar.

aus Wasserkraft und damit geringsten CO₂-Emissionen erzeugt. In Ranshofen ist und bleibt das Recycling von Aluminium unsere wesentliche Kompetenz im Bereich der Nachhaltigkeit.

Wann glauben Sie, werden wir wieder dort anknüpfen können, wo wir vor Corona waren?

Das lässt sich momentan nicht sagen. Wir erwarten in den nächsten Monaten bei einer guten Entwicklung im Bereich Verpackung einen schwachen Start in manchen anderen Industrien. Aber nach jedem Tal kommt wieder ein Anstieg und auf diesen müssen wir uns jetzt vorbereiten. ■

Interview: Stephan Scoppetta



Megatrend Plattformökonomie: Chance für Österreich?

Die Digitalisierung und das Auftauchen von Internetunternehmen, für die sich die Bezeichnung „Plattformunternehmen“ etabliert hat, haben die Wirtschaft in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts stärker geprägt, als dies zuvor denkbar gewesen wäre.

Megatrends sind Tiefenströmungen des Wandels und umfassen alle Ebenen der Gesellschaft: Wirtschaft und Politik, sowie Wissenschaft, Technik und Kultur. Sie verändern die Welt – zwar langsam, dafür aber grundlegend und langfristig.¹ Ein Plattformunternehmen bietet eine digitale Basis für Leistungen verschiedener Akteure auf Grundlage einheitlicher Standards. Das Ziel und die Voraussetzung des Geschäftsmodells sind das Erreichen einer großen, nach Möglichkeit globalen Skalierung, die im Wesentlichen auf Netzwerkeffekten beruht, sowie die Gewinnung, Auswertung und Nutzung von umfangreichen Datenbeständen als Ressource („Datenökonomie“). Üblicherweise bezeichnet der Begriff ein Unternehmen, dessen Geschäftsmodell insgesamt auf einer Plattform oder einem System von Plattformen beruht. Der Begriff der Plattform kann jedoch auch unabhängig vom Unternehmen gedacht werden, etwa wenn nur einzelne Unternehmensfunktionen, Teilmärkte oder Teilunternehmen wesentlich auf der Basis von Plattformen angeboten werden.

Plattformökonomie bezeichnet also auch ein Prinzip, welches nicht immer das ganze Unternehmen klassifizieren muss, sondern das als digitale Infrastruktur bzw. als „general purpose technology“ neue Produkte, Prozesse, Geschäftsmodelle und Märkte erschließen hilft. Unternehmen treten nicht nur als Anbieter von Plattformen, sondern auf vielfältige Weise auch als Nutzer von Plattformen auf. Die Plattformökonomie betrifft damit nahezu alle Bereiche der Wirtschaft und bringt neben enormen

Chancen auch neue Herausforderungen für Unternehmenswelt sowie Wirtschafts- und Industriepolitik mit sich.

Während man die bekanntesten Beispiele für Plattformunternehmen nach wie vor im Bereich Business to Consumer (B2C) ansiedelt (v.a. E-Commerce), halten technische Entwicklungen mehr und mehr auch im Business to Business-Bereich (B2B) und im Internet der Dinge (IoT) Einzug (z. B. Predix von General Electric). Nachdem der Wettlauf im Bereich B2C durch die dominierenden globalen Akteure wie Google (Alphabet Inc.), Amazon, Facebook, Apple (alle USA) und Alibaba (China) bereits weitgehend verloren scheint, schneidet Europa im B2B-Bereich – wo die Wertschöpfung immer stärker durch digitale Services erfolgt – verhältnismäßig gut ab. Die Grenzen zwischen B2C und B2B verschwimmen allerdings zunehmend bzw. werden durch weitere Konzepte (B2B2C) ausgedehnt. Weiters lassen sich transaktionszentrierte und datenzentrierte Plattformen unterscheiden.² Erstere stellen die Funktion als Vermittler, als digitaler Marktplatz, ins Zentrum. Zweitere konstituieren ein datenzentriertes Gesamtsystem komplementärer Produkte und steuern dieses. Den Akteuren wird die Aufbereitung und Auswertung von Datenströmen verbunden mit Usability-Management geboten.

Im industriellen Sektor finden sich auch immer mehr digitale Plattformen, auf denen Angebote gebündelt bereitgestellt werden. Gerade wenn unterschiedliche Unternehmen einer Branche oder eines Produkt- bzw. Servicesegments bei ihren Kunden Daten

sammeln und verwerten oder zur Befriedigung ganzheitlicher Kundenbedürfnisse Produkte, Services oder Komponenten andere Partner integriert werden müssen, bieten sich unternehmensübergreifende Plattform-Ökosysteme an.³ Bei solchen Plattformen entwickelt sich die klassische Wertschöpfungskette zu einem Wertschöpfungsnetzwerk, in dem jeder beteiligte Partner seine spezifischen Kernkompetenzen einbringt. Dadurch lässt sich der Zielkonflikt zwischen einer möglichst hohen Spezialisierung auf der einen Seite und einem möglichst breitem Leistungsangebot auf der anderen Seite auflösen und es lassen sich die Vorteile einer flexiblen Aufgabenverteilung und Kapazitätsauslastung mit Spezialisierungsvorteilen auf Ebene der Wertschöpfungseinheiten verbinden.⁴

Festgehalten werden soll an dieser Stelle, dass die Plattformökonomie ein globales Phänomen ist und daher hinsichtlich der Frage nach ihrer Relevanz immer die internationale Dimension mitgedacht werden muss. Ziel aus österreichischer Sicht muss sein, durch die gezielte Nutzung von digitalen Technologien die Plattformökonomie aktiv mitzugestalten, wobei die Ausgangsposition hierfür als grundsätzlich gut eingestuft werden kann.⁵ Bei der Nutzung von Plattformen liegt Österreich bereits im europäischen Spitzenfeld.⁶

Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Plattformen ist zweifellos enorm, da sie eng mit all jenen Bereichen verzahnt ist, in denen aktuell Innovation stattfindet: Digitalisierung, Vernetzung, Big Data, Intelligente Fertigung, Automatisierung, Künstliche Intelligenz usw. Gleichzeitig muss jedoch auch Augenmerk auf Hindernisse und Herausforderungen gelegt werden, die unter anderem in den Rahmenbedingungen und im regulatorischem Umfeld Österreichs liegen. In der jüngsten Vergangenheit waren Spannungsfelder im Zusammenhang mit Plattformunternehmen vor allem in den Bereichen Gewerbe- und Arbeitsrecht sowie Daten- und Konsumentenschutz zu beobachten.

Um der Gefahr zu entgehen, ein immanent zukunftsorientiertes Thema mit den Kategorien und Denkweisen der Vergangenheit zu behandeln, muss der

Fokus auf zukünftige Szenarien der Plattformökonomie und der digitalen Wirtschaft in Österreich gelegt werden. In einem ganzheitlichen Zugang müssen dabei Querverbindungen zu anderen großen Themenbereichen und Herausforderungen der Wirtschaftspolitik (Qualifikation, Demographie, gesellschaftliche Integration, Nachhaltigkeit, Datenschutz) mitgedacht werden.

Innovation bleibt Schlüssel und Grundvoraussetzung für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und Volkswirtschaften. Heute ist diese eng mit dem Thema Digitalisierung und der Nutzbarmachung von Daten verknüpft. Digitalisierung fungiert als wesentlicher Treiber von Innovation und ist vielfach Grundvoraussetzung dafür. Sie ermöglicht Plattformunternehmen im eigentlichen Sinne, erfordert andererseits aber auch eine Varietät von digitaler Infrastruktur zu der auch Plattformen gehören. Das dadurch entstehende Potenzial muss in Österreich optimal im Sinne des Wirtschaftsstandorts genutzt werden. Auch wenn selbst unter günstigsten Rahmenbedingungen vermutlich kein heimisches Plattformunternehmen im B2C-Bereich im globalen Wettbewerb an die Spitze zu den US-amerikanischen und asiatischen Techgiganten aufzusteigen vermag, gibt es dennoch vielfältige Möglichkeiten, wie Plattformen und deren Nutzung die heimische Wirtschaft effizienter und international wettbewerbsfähiger machen können. ■

Autor: Mag. Philipp Brunner (IWI)

¹Vgl. www.zukunftsinstitut.de

²Vgl. Engelhardt, S., Wangler, L., Wischmann, S. (2017), *Eigenschaften und Erfolgsfaktoren digitaler Plattformen*, Begleitforschung AUTONOMIK für Industrie 4.0

³Vgl. vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (2017), *Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung. Analyse und Handlungsempfehlungen*, München

⁴Vgl. *Begleitforschung Mittelstand-Digital (2019), Vernetzte Wertschöpfung. Plattformen, Wertschöpfungsnetzwerke und die Blockchain für Prozess- und Geschäftsmodellinnovationen*, Bad Honnef

⁵Vgl. *Rat für Forschung und Technologieentwicklung (2019), Ratsempfehlung zur Etablierung einer ganzheitlichen industrie- und technologiepolitischen Strategie für Plattformökonomie in Österreich*, Wien

⁶Vgl. *BMVIT, Ökonomie im digitalen Wandel, 18.09.2018*



Versorgungssicherheit und Lieferketten: ein globales Problem

Was die Bedeutung der Lieferketten betrifft ist die Corona-Pandemie ein „Wachrüttler“, denn die letzten Monate haben bei vielen Unternehmen die Abhängigkeit von ihren Lieferketten deutlich gemacht.

Die aktuelle Situation ist keine reguläre Lieferkettenunterbrechung, wie sie von Streiks oder Unfällen herrühren, sie ist in diesem Ausmaß und auch in ihren Folgen einzigartig. Und eines wird seit Beginn der Krise klar: Viele Unternehmen haben das Ausmaß der Abhängigkeit von ihren in- und ausländischen Lieferanten unterschätzt. Jetzt gilt es für die Unternehmen die Risiken neu zu bewerten, ohne jedoch die Vorteile der Globalisierung leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Viele heimische Firmen beziehen ihre Bauteile und Komponenten mittlerweile

von ausländischen Lieferanten. Im Jahr 2019 machten die österreichischen Importe von Vorprodukten 41,5 Prozent der gesamten Einfuhren aus (Quelle: Eurostat).

Die Erfahrung, dass ganze Industrien wegen unterbrochener Lieferketten zum Erliegen kommen und wichtige Medizingüter fehlen, hat uns nun noch klarer gemacht, wie anfällig globale Produktionsstrukturen sind. Das hat europaweit Stimmen laut werden lassen, wie-

33%

der heimischen
Industriebetriebe
haben Zuliefer-
probleme.

der mehr Waren zu Hause zu produzieren, um so die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Doch ist das die Lösung, wo doch die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung unbestritten sind und die Unternehmen auch davon profitieren? Versorgungssicherheit und freier Welthandel könnten nun gegeneinander ausgespielt werden.

Die Berechnungen von Michael Eßig, Professor für Materialwirtschaft und Distribution an der Universität der Bundeswehr München, zeigen auf, dass auch das große Risiken bergen kann. So arbeitet ein multinationaler Konzern wie Volkswagen mit 5.000 Lieferanten (sogenannten Tier-1-Lieferanten), von denen wiederum jeder durchschnittlich 250 Tier-2-Lieferanten hat. Dies bedeutet, dass der Konzern eigentlich 1,25 Millionen Lieferanten hat, die ihm größtenteils unbekannt sind. (Quelle: foreignpolicy.com, Blindsided on the Supply Side). Im Epizentrum des COVID-19-Ausbruchs in Wuhan in China befinden sich beispielsweise die Unternehmenssitze von Tier-1- und Tier-2-Lieferanten von mindestens fünf Millionen Unternehmen aus der ganzen Welt.

Kaskadeneffekt der globalen Pandemie

Der Ausbruch der globalen Coronakrise hat einen Prozess in Gang gesetzt, der die Wirtschaft nachhaltig belastet. Wichtige Lieferanten blieben aufgrund von Quarantänemaßnahmen und Personalknappheit weit unterhalb ihrer üblichen Auslastungsgrenze. Es kam zu Verzögerungen beim Transport von Rohmaterialien sowie bei der Verladung und Weiterbeförderung am Einfuhrhafen. Die Produktionspläne der Unternehmen konnten und können wegen Lieferengpässen nicht eingehalten werden. Aktuelle und zukünftige Aufträge können wegen eines zu geringen Lagerbestands nicht erfüllt werden. Als weitere Folge sinken die Verkaufserlöse aufgrund von Quarantäne-

maßnahmen, Social Distancing und zunehmender Verunsicherung der Verbraucher wegen möglicher finanzieller Auswirkungen längerer Arbeitsunterbrechungen.

„Als internationales Industrieunternehmen sind wir stark von grenzüberschreitenden Lieferketten und Verkehren zwischen unseren Werken abhängig. Beides hat in den vergangenen Wochen ganz gut funktioniert. Die Politik muss aber wachsam bleiben, damit es hier zu keinen Schwierigkeiten an den Grenzen mehr kommt. Der Binnenmarkt der EU muss funktionieren“, bekräftigt Roland Hartig CEO von Schwarz Müller, einem Spezialisten für gezogene Nutzfahrzeuge und somit systemrelevant. Fronius Geschäftsführerin Elisabeth Engelbrecht Müller-Strauß meint dazu: „International gesehen ist es entscheidend, dass die Krise nicht nur in Österreich überwunden wird. Wir sind eine Exportwirtschaft. Unser Wohlstand ist davon abhängig, dass wir über die Grenzen hinausdenken. Insofern müssen die grenzüberschreitenden Warenströme rasch wieder in Gang kommen.“

Einschätzung der Industrie

Eine aktuelle Befragung der Wirtschaftskammer Österreich in Zusammenarbeit mit dem Complexity Science Hub zeigt auch die Einschätzung der Unternehmen der Industrie zu den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 sowie notwendige Maßnahmen. 25 Prozent aller Lieferantenbeziehungen werden für die Produktion mit der höchsten Wichtigkeit beurteilt. Die negativen Folgen von COVID-19 sind für

Bei
30%
der Unternehmen hängt die gesamte Produktion an nur einem Lieferanten.

22%
verzeichnen
Lieferschwierigkeiten
aus Deutschland.

fast alle befragten Unternehmen spürbar, konkrete Zulieferprobleme sehen 33 Prozent, Belieferungs- bzw. Zustellungsprobleme 41 Prozent der Befragten. Die größten Lieferschwierigkeiten treten aus Italien auf (73 Prozent). Bei Lieferanten aus Österreich nehmen 31 Prozent der Unternehmen Lieferschwierigkeiten wahr.

41 Prozent geben an, dass auch kein Ersatz für die Zulieferer möglich ist. Wenn Ersatz gesucht wird, dann vorwiegend in Deutschland (50 Prozent) oder in Österreich selbst (38 Prozent). Der Sicherung von Lieferketten kommt in der aktuellen Situation eine große Bedeutung zu: Über 30 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sie einen Lieferanten haben, an dem die gesamte Produktion

Bei
73%
der Unternehmen treten
Lieferschwierigkeiten aus
Italien auf.

hängt. Industriebetriebe agieren zu einem gewissen Grad antizyklisch, so geben rund ein Drittel der Unternehmen an, dass sie Lager zusätzlich aufstocken. Die Detailanalyse nach Größenklassen zeigt, dass dies insbesondere auf große Unternehmen (25 Prozent) zutrifft, bei den kleinen Unternehmen füllen nur neun Prozent zusätzlich ihr Lager.

Mehr als ein Drittel der Unternehmen gibt an, dass bei Ausfall des wichtigsten Lieferanten die komplette Produktion gefährdet ist. Dieses Risiko besteht unabhängig von der Größe der Firmen und betrifft gleichermaßen alle in der Umfrage untersuchten Branchen (Dienstleistungen, Baugewerbe, Handel und verarbeitende Betriebe). 40 Prozent der von einem Totalausfall bedrohten Unternehmen hängen von ausländischen Zulieferern ab. Das entspricht ca. 20 Prozent aller befragten Unternehmen.

Autorin: Herta Scheidinger

Für
41%
ist kein Ersatzlieferant
möglich.

Eine strukturelle Änderung der Wertschöpfungsketten liegt jetzt in der Hand der Unternehmen.





„Forschung ist der Lösungsansatz und gleichzeitig ein Konjunkturmotor.“

Henrietta Egerth und Klaus Pseiner, Geschäftsführung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG, im Interview über die Wichtigkeit von Forschung und Innovation in und nach der Krise.

Kann Österreich als starker Forschungs- und Innovationsstandort schneller aus der Krise finden?

Henrietta Egerth: Ja, ganz eindeutig! Das Auftreten des Coronavirus hat in der Forschung zweifellos zu einem Motivationsschub geführt und auch viele neue Kooperationen und kreative Ideen ausgelöst. Es hat auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Innovationssystem und eine gute Zusammenarbeit von Wirtschaft, Instituten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der öffentlichen Hand ist. Unsere Rolle als Forschungsförderer ist geschätzter denn je. Forschungsförderung bedeutet Vertrauen, geteiltes Risiko und Innovationsschub. Natürlich ist und bleibt Digitalisierung ein Top-Thema in der Forschung und Megatrend in vielen Bereichen. Wir sehen die Coronazeit jedenfalls als Proof-of-Concept: Von Distance-Learning über Homeoffice, oder allen Varianten von digitalen und virtuellen Meetings bis hin zu neuen Amts- oder Arztwegen – Stichwort online-Rezept. Die Digitalisierung ermöglicht neue Dienstleistungen, neue Formen des Interagierens, der Steuerung von Prozessen und Warenströmen

sowie von Geräten – Stichwort Robotik oder eine intelligente Produktion und vieles mehr. Auch in der Medizin erwarten wir uns viele Fortschritte, ebenso beispielsweise im Bereich neuer Werkstoffe, der Biotechnologie und dem gesamten Bereich der Mikroelektronik, einschließlich der Sensorik. Zusätzlich investieren wir in Schlüsseltechnologien der Zukunft, wie zum Beispiel in die Entwicklung eines Quantencomputers.

Warum ist es gerade jetzt so wichtig, dass die heimischen Unternehmen Forschungs- und Innovationsprojekte umsetzen?

Klaus Pseiner: Weil Forschung wirkt. Das gilt in guten, aber noch viel mehr in herausfordernden Zeiten. Sowohl in der Krise als auch beim Weg aus und nach der Krise. Forschung ist ganz zentral! Wir Menschen forschen und entwickeln dadurch uns, unseren Lebensraum und unsere Möglichkeiten weiter. Forschung betreiben heißt in die Zukunft investieren, denn Forschung ist ein ureigener Dienst an der Gesellschaft. Davon sind nicht nur wir, son-

dern auch unsere Kunden, die wir befragt haben, überzeugt. Die Nachfrage an FFG-Förderungen ist ungebrochen hoch und steigt sogar weiter. Wir verzeichnen aktuell in unserem Bottom-Up-Programm, dem FFG-Basisprogramm, im Vergleich zum Vorjahr sogar ein Plus an Projektanträgen von 20 Prozent. Und hier begründet sich die Chance zu einer Neuaufstellung in Richtung klimaneutraler Produkte und Dienstleistungen. Österreich hat eine hervorragende Ausgangsposition mit vielen innovativen Unternehmen und hervorragenden Forschungs- und Hochschulinstituten. Das reicht von der klassischen Umwelt- und Energietechnik im privaten und industriellen Bereich über alternative Werkstoffe in der Verpackungsindustrie, Fragen der Verkehrstechnik und -planung und der Güterlogistik bis hin zu Bautechnik, Städtebau und Kreislaufwirtschaft.

Welche längerfristigen Folgen erwarten Sie auf den heimischen Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb durch die Coronakrise?

Egerth: Wissenschaft, Forschung und Innovation waren schon bisher die treibende Kraft hinter jeder wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung – das gilt auch jetzt beim „Hochfahren“ der Wirt-

„Das Auftreten des Coronavirus hat in der Forschung zweifellos zu einem Motivationsschub geführt und auch viele neue Kooperationen und kreative Ideen ausgelöst.“

Henrietta Egerth

schaft. Wir stehen mit unseren Kunden in gutem und engmaschigem Kontakt und wissen, wo der Schuh drückt. Eine aktuelle Befragung zeigt ein ähnliches Bild wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Wenn wir uns die Gesamtentwicklung anschauen, so gibt es einen ganz starken Trend und zugleich ein Querschnittsthema über alle Bran-

chen, und das ist die Digitalisierung aber auch das Thema Energie. Das beginnt bei der Verbindung von innovativen Produkten mit digitalen Dienstleistungen, geht über den industriellen Sektor bis hin zu Bereichen wie Mobilität, Gesundheitsversorgung, Erforschung alternativer Energien und der Optimierung von Energieversorgungsnetzen.

Pseiner: Märkte brechen zwar ein, aber die Produktivität ist in den Unternehmen weiterhin vorhanden. Sie brauchen daher Planungssicherheit hinsichtlich Ausschreibungen und Förderbudgets – nicht nur krisenspezifisch, sondern in allen Themenbereichen. Wir ermutigen unsere Kunden aktiv zu Forschung und Innovation, setzen mehr denn je auf die rot-weiß-rote Forschungs- und Innovationsstärke und unterstützen die Unternehmen und Forschenden umfassend. Was uns sehr freut ist, dass die Gruppe der Unternehmen in Österreich, die auf Forschung und Entwicklung setzen, immer größer wird: Vom High-Tech-Start-up und dem traditionellen „Mittelstand“ über hochspezialisierte KMU bis hin zur Industrie und unseren Leitbetrieben.

Sind auch Kürzungen für österreichische und internationale Förderprogramme zu erwarten?

Pseiner: Wir gehen nicht davon aus! Denn die durch Covid-19 ausgelöste weltweite Krise zeigt die Verletzlichkeit und mangelnde Resilienz unseres Wirtschaftssystems auf. Forschung ist der Lösungsansatz und gleichzeitig ein Konjunkturmotor. Neben Pandemien wird weltweit in Risikoanalysen nur ein Risiko einhellig noch höher bewertet: der Klimawandel. Daher ist es naheliegend, die notwendigen Konjunkturpakete nach der Coronakrise so einzusetzen, dass damit eine Transformation in eine klimaneutrale, smarte Wirtschaftsweise in Österreich und Europa eingeleitet wird. Wir haben spannende Projekte zu Wasserstofftechnologien, zu e-Mobilität, im Recycling-Bereich oder zur Solarenergie, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die öffentliche Hand unterstützt diese Entwicklungen mit zielgerichteten Programmen maßgeblich. Das IHS regt ausdrücklich an, bei bestehenden FTI-Förderungen stärker in Richtung CO₂-neutraler und

neuer Technologien zu fokussieren, die zur Marktreife noch weitere Entwicklungsschritte benötigen und bei Förderungen in klimaschädliche Technologien einen konkreten Ausstiegsplan auszuarbeiten.

Egerth: Und hier begründet sich die Chance zu einer Neuaufstellung. Dafür benötigt die Wirtschaft bestmögliche Rahmenbedingungen und effektive Unterstützung. Deshalb müssen in schwierigen Zeiten Investitionen noch strategischer und exakter überlegt werden, als in den guten Jahren zuvor. Sowohl Planungssicherheit als auch ein Wachstumspfad für Forschung und Entwicklung sind dabei elementar für das heimische Innovationsystem und für die forschenden Unternehmen. Forschung und Innovation sind die entscheidenden Faktoren im unternehmerischen Wettbewerb. Eine WIFO-Studie hat gezeigt, dass intensiv forschende Unternehmen in Krisenzeiten weniger stark leiden und rascher die Talsohle durchschreiten. Sowohl in punkto Umsatz, als auch in punkto Beschäftigung und Export nehmen diese Unternehmen rascher und intensiver wieder Fahrt auf. Es braucht daher sehr rasch eine Forschungs- und Innovationsoffensive zur Stimulierung und Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaschutz und Digitalisierung. Die FFG versteht sich als logischer Partner.

Mit welchen Maßnahmen konnten Sie forschende Unternehmen während der Krise unterstützen?

Egerth: Wer rasch hilft, hilft doppelt. Das ist unser grundsätzliches Motto! So haben wir in der Coronakrise zusätzlich zum Emergency Call (Näheres unter www.ffg.at/news/corona-call), ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt, um die innovativen Unternehmen mit dem FFG-Förderangebot noch besser unterstützen zu können. Das braucht es auch! Die Maßnahmen reichen von beschleunigter Fördervergabe über verlängerte Einreichfristen bis hin zu Erleichterungen in der Abwicklung oder raschere Auszahlung. Wir haben durch Umstellung auf digitale Kommunikationsformen unseren Service-Level nicht nur beibehalten, sondern unsere Kunden besonders aktiv betreut. Dementsprechend

positiv fiel die Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG während des Lockdowns aus: 97 Prozent der befragten Unternehmen waren mit der Erreichbarkeit unseres Teams (sehr) zufrieden, 96 Prozent mit der Flexibilität in der Zusammenarbeit, je 93 Prozent mit der Beratung und damit, wie Anfragen zu laufenden Förderprojekten bearbeitet wurden.

Pseiner: Wir hatten und haben als Forschungsförderer nach wie vor alle Hände voll zu tun. Für uns war und ist es wichtig, nicht nur den Betrieb vollumfänglich aufrecht zu halten, sondern gera-

„Die Nachfrage an FFG-Förderungen ist ungebrochen hoch und steigt sogar weiter. In unserem Bottom-up-Programm verzeichnen wir im Vergleich zum Vorjahr ein Plus an Projektträgern von 20 Prozent.“

Klaus Pseiner

de in dieser schwierigen Zeit auch als Impulsgeber und Anker zu agieren. Und wir sehen, dass die Zahnräder der FFG auch in Zeiten des Homeoffice einwandfrei ineinander greifen und die FFG voll funktionsfähig ist. Das macht uns stolz! Insgesamt wird die FFG von den befragten Unternehmen als wichtige Institution gesehen, mit der eine kompetente Zusammenarbeit möglich ist und deren Unterstützung einen wertvollen Beitrag leistet, um FEI-Aktivitäten bestmöglich voranzutreiben. 59 Prozent unserer befragten Unternehmen wünschen sich für die Zukunft mehr Fördermittel und 51 Prozent mehr Ausschreibungen mit laufender Einreichmöglichkeit. Alles in allem hoffen die Unternehmen, in der FFG auch in der Zeit nach COVID-19 eine hilfreiche Stütze zu haben. ■

Interview: Herta Scheidinger

Service: Der Jahresbericht der FFG 2019
Online zum Download auf der FFG-Website unter:
www.ffg.at/jahresbericht2019



Die OMV ist mit ihren Tankstellen ein wichtiger Arbeitgeber und zuverlässiger Partner.

Fokus auf zukunftsfähige Lösungen

Die Mineralölindustrie gilt nicht nur als wichtiger Wirtschaftsmotor des Landes und ist ein Garant für die Versorgungssicherheit, sondern versteht sich auch als wesentlicher Player bei der Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes und leistet dabei einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Erdöl ist der wichtigste Energieträger in Österreich. Als verarbeitetes Produkt, also Benzin, Diesel oder Flugturbinenkraftstoff, hat es für Verkehrs- und Transportmittel große Bedeutung, denn mit 70 Prozent wird der überwiegende Teil der Mineralölprodukte im Verkehrssektor (Straße, Flug- und Schiffsverkehr) verbraucht. Der Rest entfällt auf Heizöle, Schmierstoffe und Bitumen. In der chemischen Industrie ist Öl für die Herstellung von Kunststoffen und anderen Chemieprodukten unverzichtbar.

Die Unternehmen der österreichischen Mineralölindustrie tragen verlässlich zur hohen Versorgungssicherheit mit Benzin und Diesel bei und sorgen für schnelle, komfortable und leistbare Mobilität. Sie erwirtschaften einen Umsatz (abgesetzte Produktion) von rund 10 Milliarden Euro und zeichnen damit für etwa 2,6 Prozent des österreichischen BIP verantwortlich. Die Versorgungssicherheit war und ist auch in der momentanen Krisenzeit gewährleistet, obwohl die Branche nicht nur mit den Auswirkungen von

COVID-19, sondern auch mit dem Fall des Ölpreises zu kämpfen hat.

Wichtiger Arbeitgeber

Der Fachverband Mineralölindustrie (FVMI) zählt derzeit 28 Mitglieder. Dazu gehören Unternehmen, die Rohöl aufsuchen und fördern (upstream), in Pipelines transportieren und lagern (midstream) und in eigenen oder konzernverbundenen Raffinerien verarbeiten sowie Mineralölprodukte vertreiben (downstream). Mit rund 11.000 Beschäftigten in der Mineralölindustrie inklusive Tankstellenpartnern und deren Arbeitnehmern (ohne Energiehandel) gilt die Branche als wichtiger Arbeitgeber des Landes. „Die Unternehmen der österreichischen Mineralölindustrie leisten nicht nur einen beträchtlichen Beitrag zum österreichischen Steueraufkommen und zur Wertschöpfung im Land, sondern sorgen darüber hinaus auch für Arbeitsplätze und zukunftsorientierte Ausbildungsplätze für junge Mitarbeiter. Die Mineralölunternehmen bieten Österreich nachhaltige und

flächendeckende Versorgungssicherheit – 365 Tage im Jahr und oft rund um die Uhr“, erklärt Dr. Christoph Capek, Geschäftsführer des Fachverbands der Mineralölindustrie.

Erdöl- und Erdgasförderung

In Österreich werden seit Jahrzehnten Erdöl und Erdgas gefördert. OMV-Austria Exploration & Production und RAG-Aufsuchungs AG fördern im Wiener Becken und in der Molassezone in Oberösterreich und Salzburg. Bei Erdöl lag die Fördermenge 2019 inklusive Natural Gas Liquids (NGL) bei 643.000 Tonnen. Davon entfielen 89 Prozent auf das Wiener Becken, die restlichen 11 Prozent auf die Molassezone. Der Import in sehr unterschiedlicher Größenordnung lag bei 8,6 Millionen Tonnen Rohöl aus 16 Ländern. Um die inländische Kraftstoff- und Heizölversorgung sicherzustellen, ist es auch erforderlich Fertigprodukte zu importieren. Bei Diesel inklusive Bioanteile waren das 2019 rund 4,9 Millionen Tonnen, bei Benzin beliefen sich die Importe auf 660.000 Tonnen und bei Heizöl Extraleicht auf 600.000 Tonnen. Dem steht ein Export von Benzin (OK) und Diesel (DK) von 1,4 Millionen Tonnen gegenüber.

Technologieoffenheit & Energiemix

Da der Rohstoff „Erdöl“ erst dann nachhaltig ersetzt werden kann, wenn verlässliche, kostengünstige Lösungen mit einer besseren CO₂-Bilanz zur Verfügung stehen, reden die Mitgliedsfirmen des Fachverbandes daher beim Energiebedarf in den kommenden Jahren nicht von einem „Entwe-



Die Raffinerie Schwechat ist ein Garant für die dauerhafte Energieversorgungssicherheit in Österreich.

der-oder“, sondern von einem „Sowohl-als-auch“. Jeder Energieträger, ob Öl, Gas oder Erneuerbare Energien, wird auch in Zukunft in den wesentlichen Sektoren wie Produktion, Verkehr und Raumwärme benötigt werden. Der Energiemix wird aber, je nach Sektor, unterschiedlich zu gewichten sein. Denn in manchen Bereichen wird der Umstieg auf alternative Energieformen leichter realisierbar sein als in anderen, ist man im Fachverband überzeugt. Auch in den nächsten Jahrzehnten werden Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren eine wichtige Rolle spielen, vor allem im Straßengüterverkehr und bei Langstreckenfahrten. „Bei nüchterner Betrachtung sehen wir, dass keine derzeit vorhandene Energieform alleine zu den gewünschten Emissionseinsparungen führen wird. Der Mineralölindustrie ist bewusst, dass sie einen Beitrag leisten muss. Vieles wurde in Bezug auf Emissionsreduktion und Effizienz schon erreicht. Es braucht aber noch einen kräftigen Innovationschub – davon bin ich überzeugt. Unsere Branche,

„Investitionen in die Forschung sind Investitionen in unsere Zukunft. Nur so kann die österreichische Energieversorgung dauerhaft sichergestellt, der Transformationsprozess des Energiesystems aktiv gestaltet und ein positiver Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen geleistet werden.“

Dr. Christoph Capek, Geschäftsführer des FV der Mineralölindustrie





Forschung & Entwicklung spielen bei Shell eine wichtige Rolle.

mit ihren bestehenden Technologien und ihrer Innovationskraft, ist der Schlüssel für eine CO₂-reduzierte Kreislaufwirtschaft“, erklärt Fachverbandsobmann DI Thomas Gangl.

Der FVMI unterstützt auch die Strategie des europäischen Downstream-Dachverbandes Fuels-Europe, dessen Ziel es ist, mit der „Vision 2050“ die spezifischen Vorteile von Benzin, Diesel und weiteren Mineralölprodukten für Wirtschaft und Verbraucher zu erhalten und gleichzeitig die europäischen und globalen Klimaziele zu erreichen. Die österreichische Mineralölindustrie leistet seit Jahren mit ihren Produkten und Innovationen einen wertvollen Beitrag dazu. „Für das Gelingen der Energiewende sind effiziente und kundenorientierte Lösungen notwendig. Deshalb plädieren wir für echte Technologieoffenheit und Energieträ-

Shell ist einer der führenden Anbieter von neuen und innovativen Treibstoffen.



gerneutralität als zielführendsten Weg in die Zukunft. Reine Verbote in der Auswahl der Energieträger sind unserer Erfahrung nach bei Innovations- und Fortschrittsbemühungen eher hinderlich. So muss es auch wirtschaftlich vertretbar und vernünftig sein, bestehende Produkte und Herstellungsprozesse weiterzuentwickeln und kohlenstoffärmer zu machen“, so FVMI-Geschäftsführer Capek

Zukunftsfähige Lösungen finden

Die Betriebe der Mineralölindustrie legen einen starken Fokus auf zukunftsfähige Lösungen und investieren deshalb in Forschung & Entwicklung, um die österreichische Energieversorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Sie investieren seit Jahren in die Mineralölforschung. Auch in der Förderung und Verarbeitung von Rohöl werden Maßnahmen umgesetzt, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette erhebliche Effizienzsteigerungen bewirken. Somit wird weniger Energie aufgewendet und damit auch weniger CO₂ ausgestoßen, um hochwertige Mineralölprodukte herzustellen. Dazu Christoph Capek: „Die Mineralölindustrie ist ohne Zweifel ein wichtiger Treiber für Lösungen rund um die Frage der Energiezukunft und ein verlässlicher Partner bei der Umsetzung der Energiewende. Sowohl bei der Gewinnung als auch bei der Verarbeitung von Erdöl werden laufend Verbesserungen erzielt, dies gilt auch für herkömmliche Kraftstoffe: Durch den Einsatz von innovativen Additiven und durch das sauberere Verbrennen der Kraftstoffe konnten Verbrauch und Schadstoffausstoß bereits deutlich reduziert werden. Durch die Kommerzialisierung von neuen, saubereren Energien gestaltet unsere Branche den Transformationsprozess des Energiesystems aktiv mit und leistet einen positiven Beitrag zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens.“

Investition in Forschung

Ein Beispiel für die Forschungsarbeit der Mineralölindustrie ist die Inbetriebnahme einer neuartigen Anlage zur Abscheidung von CO₂ aus Abgasen auf

dem Gelände des Wien Energie Biomasse-Kraftwerks in Simmering. Die Pilotanlage „VIENNAGREENCO₂“ wurde von der TU Wien in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur (BOKU) und Shell entwickelt. Sie dient der Erprobung einer neuen Technik, die Abgasen vergleichsweise kostengünstig Kohlendioxid entziehen soll. Das CO₂ kann dann zum Beispiel als Dünger in der Agrarwirtschaft oder als Rohstoff in der Lebensmittelindustrie Verwendung finden.

Ein anderes Beispiel ist die Co-Processing-Technologie, die ermöglicht, biogene Stoffe wie zum Beispiel heimisches Raps- oder Altspeiseöl gemeinsam mit fossilen Rohstoffen in Hydrieranlagen der Raffinerie zu verarbeiten, was eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um bis zu 85 Prozent ergibt (Diesel mit biogenem Anteil). „Investitionen in die Forschung sind Investitionen in unsere Zukunft. Nur so kann die österreichische Energieversorgung dauerhaft sichergestellt, der Transformationsprozess des Energiesystems aktiv gestaltet und ein positiver Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen geleistet werden“, so Christoph Capek.

Zukunftsmarkt Kunststoff

Mineralöl ist aber auch die Basis für hochwertige Kunststoffe, die unser tägliches Leben gesünder und bequemer machen. „Kunststoff hat an sich eine gute Ökobilanz, ist hygienisch, leicht und in vielen Bereichen wie etwa beim Leichtbau von Automobilen, in der Energieversorgung und bei medizinischen Produkten die nachhaltigere Alternative. Ohne Kunststoffe wären beispielhaft weder Wind- noch Photovoltaikanlagen denkbar“, erklärt Gangl. In Zukunft wird der wichtigste Wachstumstreiber bei der Ölnachfrage also nicht mehr der Verkehrssektor, sondern die Kunststoffindustrie sein und die Petrochemie bei der globalen Nachfrage stetig zulegen. Das bestätigt auch eine umfangreiche Studie der Internationalen Energieagentur (IEA). Die OPEC-Staaten gehen in ihrem World Oil Outlook davon aus, dass der Bedarf der Petrochemie von heute zwölf Millionen Barrel Öl pro Tag auf fast 17 Millionen Barrel



In der Forschungsabteilung von BP sucht man kontinuierlich nach Lösungen für die Mobilität der Zukunft.

pro Tag im Jahr 2040 ansteigt. Bei der Entsorgung von Kunststoffen geht der Trend ganz klar in Richtung Recycling und Kreislaufwirtschaft. Die OMV leistet hier mit ihrer ReOil-Alt Kunststoff-Recyclinganlage wertvolle Pionierarbeit. Basis dieser Kreislaufwirtschaft ist ein chemischer Kreislauf: Aus kurzzeitigem Öl werden langkettige Kunststoffe erzeugt, die durch das ReOil-Verfahren wieder zu kurzzeitigem Öl werden. Die ReOil-Pilotanlage ist direkt in die Raffinerie eingebunden und kann derzeit pro Stunde bis zu 100 Kilogramm Kunststoff verarbeiten. Aus 100 Kilogramm Abfall werden am Ende rund 100 Liter wertvolles synthetisches Rohöl. Dadurch werden weniger Altkunststoffe verbrannt und Treibhausgase reduziert.

Bei BP forscht man an neuen, effizienten Kraftstoffen.

Autorin: Helene Tuma



„Die Versorgung des Landes – das Wichtigste in Krisenzeiten – war und ist gesichert.“

DI Thomas Gangl, Obmann des Fachverbandes Mineralölindustrie, über die Auswirkungen der Coronakrise, die Bedeutung von Forschung & Entwicklung, und den Beitrag der Mineralölindustrie zu den Themen Kreislaufwirtschaft, Recycling und die Einsparung von CO₂.



DI Thomas Gangl
Obmann des
Fachverbandes
Mineralölindustrie

Herr DI Gangl, die Coronakrise hat international auch die Mineralölindustrie getroffen. Wie stark ist die Österreichische Mineralölindustrie betroffen?

Thomas Gangl: Die Versorgung des Landes – das wichtigste in Krisenzeiten – war und ist gesichert. Die gesamte Branche leistet hervorragende Arbeit und das sollte hier entsprechend gewürdigt werden. Dafür möchte ich mich bei allen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Österreichischen Mineralölindustrie herzlich bedanken.

Die Mineralölindustrie ist massiv betroffen. Wir haben ja zwei Krisen gleichzeitig zu meistern: die Coronakrise und den dramatisch gefallen Ölpreis. Das wird in unserer Branche national und global deutlich sichtbare Spuren hinterlassen, weil Mengen und Margen gleichzeitig betroffen sind.

Kann man bereits sagen, wie sich die Coronakrise langfristig auf die Unternehmen des FVMI auswirken wird?

Für die nächste Zeit müssen wir uns auf geringeres Wirtschaftswachstum und einen geringeren Produktenverbrauch einstellen. Dies wird im Großkunden- und im Endverbraucher-Geschäft spürbar sein. Für eine seriöse langfristige Prognose gilt es aber, die weiteren Entwicklungen abzuwarten.

Die Mineralölindustrie versteht sich als wesentlicher Player bei der CO₂-Reduktion und der Energiewende. Welche Schritte werden dazu gesetzt?

Die Mineralölindustrie arbeitet stetig an Verbesserungen. Kontinuierlich werden mit technischen Maßnahmen der Verbrauch und der Schadstoffausstoß reduziert. Die Mineralölindustrie gestaltet die Transformation des Energiesystems aktiv mit und leistet einen positiven Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele. Dabei haben wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Klimaschutz, leistbarer Energie und Versorgungssicherheit im Auge. Dadurch geht es auch nicht beliebig schnell.

Wie unterstützt der Fachverband der Mineralölindustrie die „Vision 2050“ von FuelsEurope?

Die meisten Unternehmen des Fachverbandes sind auch Mitglieder von FuelsEurope und somit maßgeblich an der Entwicklung der Vision 2050 beteiligt. Sowohl FuelsEurope als auch der Fachverband werden ihren Beitrag leisten, um den angestrebten Weg in Richtung Klimaneutralität bis 2050 zu unterstützen. Wir werden unsere Bemühungen um CO₂-Reduktion konsequent fortsetzen – bei den Anlagen ebenso wie bei den Produkten – durch die Weiterentwicklung treibhausgasarmer Kraftstoffe. Wir sind überzeugt, dass flüssige Kohlenwasserstoffe mit reduziertem CO₂ Footprint im Verkehrsbereich auch langfristig eine wesentliche Rolle spielen werden.

Welchen Beitrag leistet die Mineralölindustrie zu den Themen Kreislaufwirtschaft und Recycling? Gibt es konkrete Beispiele?

Die gesamte Branche ist gefordert, neue Techno-

logien, Forschungsschwerpunkte, und Entsorgungsstrukturen zu entwickeln. Ein Beispiel ist das ReOil Verfahren der OMV. Wir haben bereits zig-Tonnen von Altkunststoffen zu „synthetischem Rohöl“ umgewandelt und zu Grundstoffen für die Kunststoffindustrie bzw. Kraftstoffen weiterverarbeitet. Weitere Schritte mit größeren Anlagen werden folgen. Damit sparen wir erhebliche CO₂ Mengen ein und reduzieren Müll.

Forschung & Entwicklung nehmen einen wichtigen Platz in der Mineralölindustrie ein. Welche Rolle spielt dieser Bereich bei der Energieversorgungssicherheit?

Um die Ziele des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit gleichermaßen zu erreichen, brauchen wir einerseits einen breiten Mix an Energieträgern und andererseits Förderungen, um die Transformation stemmen zu können. Es gibt derzeit praktisch keine Alternative zum bestehenden Energiesystem, bei der die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit schon jetzt gewährleistet werden. Ich bin überzeugt, dass unsere Industrie so wie bisher innovative Lösungen dafür entwickeln kann, die jedoch entsprechend hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Skalierungsprojekte voraussetzen. Nicht einfach, in Krisenzeiten.

Das Thema Fachkräftemangel ist in aller Munde. Ist das auch in der Mineralölindustrie ein Thema?

Wir beobachten das sehr genau, finden derzeit aber genug Topleute für offene Positionen. Die Mineralölindustrie ist spannender denn je, und dies gilt es weiterhin zu vermitteln.

Unsere Branche bietet in den Bereichen Aus- und Weiterbildung die volle Bandbreite an. Lehrberufe, Praktika, Graduate Development Programme, Stipendien für Masterstudien ebenso wie Lernen am Arbeitsplatz, Lernen von Kolleginnen und Kollegen, Lernen in Kursen oder auch Lernen bei internationalen Einsätzen. Einer meiner Beweggründe für die Bewerbung bei OMV war seinerzeit, die vielfältigen Möglichkeiten in dieser Branche und die enorme Bedeutung der Energie in unserem Leben. Das gilt heute noch genauso.

Gibt es von Seiten des Fachverbandes Wünsche an die Politik?

Der durch die Coronakrise entstandene wirtschaftliche Schaden ist enorm und noch gar nicht richtig abschätzbar. Jetzt braucht es schnell massive Impulse, um den europäischen Inlandskonsum anzukurbeln, um die europäische Volkswirtschaft nachhaltig zu beleben. Die österreichische Politik hat bereits viele richtige Maßnahmen in diese Richtung gesetzt. Um einen größeren Hebel zu erzielen, sind die Mitgliedstaaten nun aufgefordert auch auf europäischer Ebene koordinierte Maßnahmen zu ergreifen.

Arbeitgeber brauchen jetzt noch mehr Sicherheit um in der Lage zu sein, Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten, während sie sich an die neue Welt anpassen. Konkret bedeutet das, dass sowohl der Faktor Arbeit als auch der Produktionsstandort Österreich entlastet werden müssen, um schnellstmöglich aus der Krise zu kommen und einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen.

Im Bereich der Investitionen greift der Ansatz „Klimaschutz als Impfstoff für die Konjunktur“ zu kurz und ich denke es ist ehrlicher zu sagen, dass Klimaschutz viel Geld kosten wird. Gleichzeitig führt daran aber kein Weg vorbei. Die Mineralölindustrie wird ihr eingegangenes Engagement zur Reduktion ihres CO₂-Footprints entsprechend weiterverfolgen. Der Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik wird maßgeblich dafür verantwortlich sein, wie gut das gelingt. Die Krise, die wir heute sehen, ist eine Chance, um das Prinzip der Technologieneutralität für die Entwicklung zukünftiger Lösungen im Bereich Klimaschutz und Treibhausgasreduktion als Eckpfeiler zu verankern. Wenn wir das grundsätzliche Ziel verfolgen, ohne dabei ideologisch bestimmte Pfade von vornherein zu bevorzugen bzw. auszuschließen, dann und nur dann werden wir den besten Weg wählen können. Das klingt einfach, gelingt aber nicht so oft, wie man es sich wünschen würde. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Der Höhepunkt der Coronakrise könnte in medizinischer Hinsicht überschritten sein. In wirtschaftlicher Hinsicht stehen wir erst am Beginn.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Alle wesentlichen Wirtschaftsprognosen orientieren sich explizit oder implizit an einem (relativ) optimistischen Pandemieszenario, bei dem im dritten Quartal 2020 die Beeinträchtigung durch COVID-19 bereits deutlich reduziert gesehen wird. Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 sollte die gesundheitliche Bedrohung gänzlich beseitigt werden. Sollte hingegen eine zweite oder dritte Krankheitswelle einsetzen und die gesundheitliche Krise nicht eine Sache von Monaten, sondern von Jahren werden, wären die wirtschaftlichen Auswirkungen dramatisch.

Unter einem relativ optimistischen Pandemieszenario hat der Internationale Währungsfonds (IMF) in seiner Prognose vom April 2020 einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um 3,0 Prozent und eine positive Gegenbewegung im Jahr 2021 von 5,8 Prozent vorhergesagt. Mittlerweile liegen neuere Daten vor, als sie der Währungsfonds zum Prognosezeitpunkt zur Verfügung hatte: Diese Daten zeigen, dass der wirtschaftliche Einbruch in faktisch allen Ländern stärker war, als im Rahmen der IMF-Prognose angenommen. Wie schlecht die eingehenden Wirtschaftsdaten sind, zeigt eine Formulierung der OECD: Diese schreibt in Zusammenhang mit den „Composite Leading Indicators“, den Frühindikatoren der Wirtschaftsentwicklung, dass diese „zusammengebrochen“ („collapsed“) seien – und zwar in allen Volkswirtschaften, unabhängig von der konkreten medizinischen Situation in den einzelnen Ländern.

Der Internationale Währungsfonds hat in der Frühjahrsprognose die mutige – und zumindest bislang richtige – Annahme getroffen, dass die Industrieländer deutlich stärkere Einbußen in der Wirtschaftsleistung hinnehmen müssen (- 6,1 %) als die Entwicklungsländer (- 1,0 %), und innerhalb der Industrieländer wiederum die Europäische Union (- 7,1 %) stärker als die USA (- 5,9 %) oder Japan (- 5,2 %) betroffen sein werden. Bislang bestätigt die Realität die Relation zwischen den

Wirtschaftsblöcken, bei allerdings insgesamt stärkeren Korrekturen.

Anfang Mai hat die EU-Kommission den Rückgang der Wirtschaftsleistung innerhalb der Europäischen Union auf - 7,4 Prozent geschätzt. Trotz einer starken Gegenbewegung im Folgejahr (+ 6,1 %) wird kein einziges europäisches Land im Jahr 2021 das wirtschaftliche Niveau des Jahres 2019 wieder erreichen. Die Prognose der EU-Kommission ist fast ein Monat nach jener des Internationalen Währungsfonds entstanden und kann daher die besonders dramatische Entwicklung in Italien und Spanien berücksichtigen: Für beide Länder werden fast zehn Prozent Wirtschaftsrückgang im Jahr 2020 prognostiziert; dieser kann im kommenden Jahr bei weitem nicht aufgeholt werden, sodass die Wirtschaftsleistung Spaniens im Jahr 2021 nur bei 96,9 Prozent jener von 2019 liegen dürfte, Italien wird gar nur 96,4 Prozent erreichen.

Aufgrund der nun bekannten Daten für März und (teilweise) April scheint ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in Europa um 7,4 Prozent eher eine doppelt optimistische Basislinie, bei der sowohl ein relativ günstiger Pandemieverlauf als auch eine relativ rasche Erholung vorausgesetzt wird.

Geschwindigkeit und Ausmaß der Erholung sind zu einem hohen Maß von der Erwartungshaltung der Produzenten und Konsumenten abhängig: Wenn diese eine rasche Erholung erwarten und entsprechend investieren und konsumieren, ist diese Erholung auch möglich. Wenn die unsicheren Aussichten zu Investitionszurückhaltung, Abbau von Arbeitsplätzen und Angstsparen führt, ist ein tiefer und langgezogener Einschnitt in der Wirtschaftsentwicklung zu erwarten, der erst in einigen Jahren eine Rückkehr zum Wirtschaftsniveau vor der Coronakrise erlaubt.

In dieser Situation wäre eine konjunkturstützende – und damit die Erwartungen stabilisierende – Wirt-

schaftspolitik so wichtig wie wohl noch nie seit 1945. Bedauerlicher Weise stehen die meisten Industrieländer der Krise ohne hinreichende Instrumentarien gegenüber, da die fiskalpolitischen Reserven (vereinfacht zusammengefasst) bereits in den 1970er bis 1990er-Jahren verbraucht und die geldpolitischen Spielräume in den 2000er und 2010er-Jahren eingesetzt wurden. Nur wenige Länder haben Reserven zum Gegensteuern, etwa Deutschland; ob allerdings eine im weltweiten Konzert mittelgroße Volkswirtschaft mit starken Exportverflechtungen damit tatsächlich eine über die Krise tragende Stimmung erzeugen kann, ist mehr als fraglich.

Manche Länder sind besonders schlecht gerüstet, darunter die großen europäischen Volkswirtschaften Frankreich, Spanien und Italien. Von diesen drei Ländern ist wiederum die Lage in Italien exemplarisch schlecht: Dort kommt zum hohen Schuldenniveau vor allem eine bereits verfestigt schlechte Wirtschaftsentwicklung hinzu: Die Wirtschaftsleistung pro Kopf, die im Jahr 2000 noch knapp über dem Durchschnitt der Euroländer lag (bei 103,5 %) ist bis zum Jahr 2019 auf 85,9 Prozent des Durchschnitts der Euroländer zusammengeschrumpft. Kein Wunder, dass Italien besonders laut nach europäischer Solidarität ruft. Aber es ist auch kein Wunder, dass die Widerstände gegen eine europäische Querfinanzierung von Staaten mit offenkundig ineffizienten Strukturen und Institutionen anwachsen. Dieser Konflikt hat enorme Sprengkraft, die bis hin zur Zerstörung der europäischen Integration und des Euro führen kann.

Die politischen Auseinandersetzungen bewirken natürlich, dass eine positive Erwartungshaltung umso schwieriger zu erzielen ist. Der aktuelle „Business and consumer survey“ der Europäischen Union zeigt, dass eher die Konsumenten als stabilisierender Konjunkturanker dienen könnten, wogegen die Einschätzung durch die Industrie und den Dienstleistungsbereich stark negativ ist. Viele Konsumenten haben (noch) keine Einschränkungen im finanziellen Bereich verspürt, und zumindest die Länder mit Budgetspielraum versuchen nach Kräften (wenn auch mit teilweise nicht sehr hoher Treffsicherheit) Einnahmehausfälle im Zuge der Coronakrise zu



kompensieren. Angesichts globaler Nachfrageausfälle, die gerade auch im Bereich der Industrie ab einem gewissen Punkt zu einer großflächigen Umwandlung der Kurzarbeit in Kündigungen führen kann, ist das Zeitfenster für eine positive Stabilisierung der Erwartungen der Wirtschaftsakteure sehr knapp, angesichts der schwerfälligen politischen Entscheidungsprozesse leider vermutlich zu knapp. Die politische Idee, nun auch gleich weitreichende Strukturveränderungen in der Wirtschaft (Stichwort: Green Deal) anzustoßen, wirkt am Papier sinnvoll, könnte in der Praxis aber ein Stolperstein sein.

Für die österreichische Industrie ist die Gemengelage alles andere als günstig: Der noch immer dritt-wichtigste Handelspartner Italien verliert weiter an Boden und an Leistungsfähigkeit. Beim wichtigsten Handelspartner Deutschland wird (wenn überhaupt) eher die Konsumnachfrage aufgrund von Nachholkäufen konjunkturstützend sein, was dem österreichischen Exportprofil nur bei der Zulieferung zur Automobilindustrie entgegenkommen könnte; gerade diese ist aber aufgrund des forcierten Richtungswechsels im Zeichen des Klimaschutzes in einer Phase tiefer Verunsicherung.

Kein Wunder, dass die österreichischen Industrieunternehmen bei der im April 2020 präsentierten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung höchst pessimistisch in die Zukunft blicken: Die Auftragsbestände purzeln und die Produktionserwartungen (und folglich auch die Beschäftigungserwartungen) sind stark negativ. Um vor diesem Hintergrund die Investitionstätigkeit der Industrie nicht ins bodenlose fallen zu lassen, scheint am ehesten eine gezielte Förderung von Forschung und Innovation zielführend. ■



Mag. Andreas Mörk

Heimische Industrieproduktion: Rückgang schon im 2. Halbjahr 2019

Nach Zuwächsen in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2019 wendet sich das Blatt. Die Industrieproduktion ebenso wie die Auftragseingänge liegen ab dem dritten Quartal 2019 unter den Werten der Vorperioden. Fremdpersonal wird abgebaut, allerdings halten die Industriebetriebe ihr Eigenpersonal weitgehend.

Mag. Andreas Mörk

Während in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2019 im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahresquartalen noch Produktionszuwächse lukriert werden, zeigt das Pendel in den letzten beiden Quartalen – insbesondere dem 4. Quartal – für die Industrie insgesamt vermehrt nach unten. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 offenbart sich im Vergleich zu den Vorjahresmonaten ein noch stärkerer dynamischer Rückgang in der industriellen Produktion. Im Februar 2020 wird um mehr als ein Zehntel weniger an Produktion abgesetzt als im Februar 2019, wie die Analyse des Datenpakets der Konjunkturstatistik der Statistik Austria in der Sonderauswertung der Kammersystematik (vorläufige Daten 2019 [inkl. BSI-Adaptierung] & 2020) veranschaulicht.

In den Quartalen des zweiten Halbjahres ist die Produktion etwa in der NE-Metallindustrie überdurchschnittlich rückläufig. Während die Bergwerke und Stahlindustrie im Jänner 2020 ein überdurchschnittliches Produktionsminus gegenüber dem Vorjahresmonat erfahren, gilt dies im Februar 2020 für die Fahrzeugindustrie. Sowohl im Jänner wie auch im Februar diesen Jahres zeigt sich die Produktionsdynamik in zwölf von 16 Industriebranchen rückläufig.

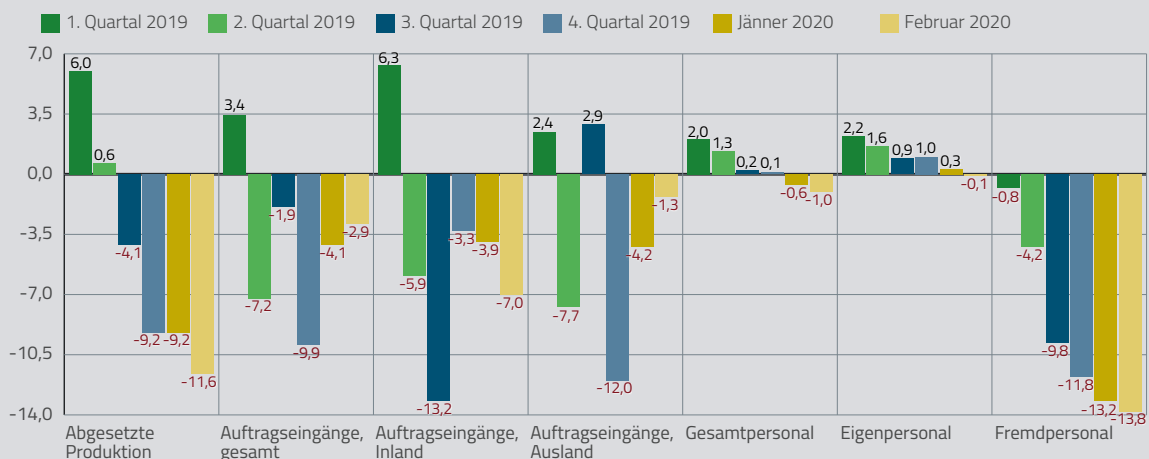
Dass die Richtung der Dynamik der industriellen Produktion nicht nur rückläufig ist, ist in der Bauindustrie bzw. in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu sehen. Diese beiden Industriegruppen können über die einzelnen Quartale des Jahres 2019 hinweg ebenso wie in den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres Zuwächse gegenüber den Vorperioden verbuchen. Produktionszuwächse gibt es ebenso z. B. in der Elektro- und Elektronikindustrie

in den Quartalen des 2. Halbjahres 2019 bzw. den beiden ersten Monaten dieses Jahres.

Während die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe im 1. Quartal 2019 noch höher sind als im Vorjahresquartal, sind sie in den drei weiteren Quartalen desselben Jahres – insbesondere dem 2. und 4. Quartal – niedriger. Des Weiteren liegt das Niveau der gesamten Auftragseingänge der Industrie insgesamt im Jänner bzw. Februar 2020 niedriger als im Vergleichszeitraum, wobei es unter anderem die Bergwerke und Stahlindustrie, die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie oder die NE-Metallindustrie besonders trifft. Konträr dazu gibt es in der Bauindustrie mehr Auftragseingänge im Jänner bzw. Februar diesen Jahres als dies noch in den entsprechenden Vorjahresmonaten der Fall ist.

Die Dynamik der um die Storni bereinigten Auslands-Auftragseingänge der Industrie insgesamt zeigt sich ähnlich zur Entwicklung der gesamten Auftragseingänge mit deutlicheren Rückgängen im 2. bzw. 4. Quartal des Jahres 2019. Auch in den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres offenbart sich ein Minus bei den Auftragseingängen der Industrie aus dem Ausland, sofern ein Vergleich mit dem Bestand der Vorjahresmonate durchgeführt wird. Im Unterschied zur Entwicklung der Auslands-Auftragseingänge, ist es bei den Auftragseingängen der Industrie insgesamt aus dem Inland das 2. Quartal 2019, das die höchsten Einbußen im Vergleich zum Vorjahresquartal registriert. Das Minus an Auftragseingängen der Industriebetriebe aus dem Inland ist im Februar 2020 stärker ausgeprägt als jenes aus dem Ausland.

Die Industrie Österreich (Veränderung 2019 bzw. 2020 zur Vorjahresperiode in %)



Q.: Statistik Austria; Konjunkturstatistik Produzierender Bereich, Sonderauswertung nach der Kammersystematik, 2018 endgültig, 2019 vorläufig (inkl. BSI-Adaptierung) & 2020

Im Unterschied zu den bisher betrachteten Indikatoren ist die Entwicklung des Eigen- bzw. des Gesamtpersonals der Industrie insgesamt in den einzelnen Perioden nicht derart stark ausgeprägt (geringere Bandbreite des Maximal- und Minimalwertes). In den einzelnen Quartalen des Jahres 2019 ist die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen (Eigenpersonal) in den Industriebetrieben höher als in den entsprechenden Vorjahresquartalen. Im Jänner ist der Eigenpersonalstock in den Industriebetrieben ebenfalls noch höher als im Vorjahresmonat. Ein Minus beim Eigenpersonal offenbart sich erstmals im Februar 2020. Durch die Stabilität im Eigenpersonalstock ist die Dynamik beim Gesamtpersonal in den Industriebetrieben in den einzelnen Quartalen des Jahres 2019 im Vergleich zu den Vorjahresquartalen positiv. Erstmals im Jänner 2020 wendet sich das Blatt. Der Abbau an Fremdpersonal, der in den letzten Monaten stetig stattgefunden hat, wirkt auf den Gesamtpersonalstock der Industrie. In den Betrieben der Textil-,

Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie sind in allen Quartalen 2019 weniger Beschäftigte (Eigen- und Fremdpersonal) als in den entsprechenden Vorjahresquartalen tätig; ein derartiges Minus an Personal zeigt sich auch in den ersten beiden Monaten des aktuellen Jahres. Im Unterschied dazu lässt sich in anderen Industriegruppen ein anderes Muster im Zeitablauf erkennen. In der Bergwerke und Stahlindustrie, der PROPAK, der Metalltechnischen Industrie oder der Fahrzeugindustrie ist in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2019 noch mehr Gesamtpersonal aktiv tätig, erst ab dem 3. Quartal 2019 zeigen sich Rückgänge im Vergleich zu den Vorjahresperioden. Gänzlich positiv – mit einem Zuwachs an Gesamtpersonal in den vier Quartalen des Jahres 2019 sowie den ersten beiden Monaten des aktuellen Jahres – gebärt sich die Entwicklung in der Glasindustrie, der Papierindustrie, der Bauindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie oder der NE-Metallindustrie, was den gesamten Personalstock betrifft. ■

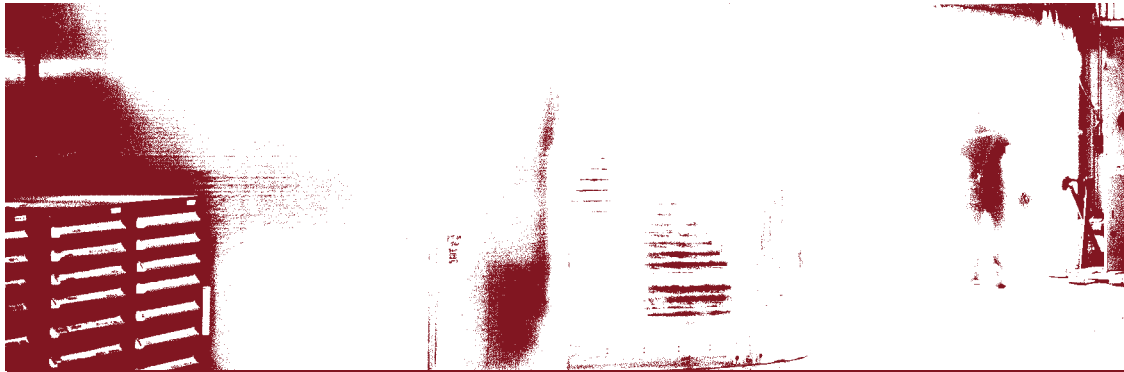
Abgesetzte Produktion (Veränderung 2019 bzw. 2020 zur Vorjahresperiode in %)*

Abgesetzte Produktion	Q1 19/18	Q2 19/18	Q3 19/18	Q4 19/18	Jän 20/19	Feb 20/19
Bergwerke und Stahl	0,8	-6,4	1,6	-9,6	-10,5	-7,4
Stein- u. keramische Industrie	5,0	-6,7	0,2	-0,8	10,4	5,1
Glasindustrie	4,1	6,4	7,6	1,0	-6,7	-1,0
Chemische Industrie	4,8	2,2	3,9	-2,7	-9,0	-3,0
Papierindustrie	2,9	-0,6	-6,5	-6,9	-8,9	-6,8
PROPAK - Produkte aus Papier & Karton	1,8	-0,9	-1,5	-3,9	-3,5	-4,9
Bauindustrie	17,5	9,3	9,2	9,4	14,4	4,1
Holzindustrie	0,9	-0,6	0,0	-3,2	-4,0	-4,8
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	1,0	2,9	3,8	5,5	1,0	3,9
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- & Lederindustrie	-8,1	-12,0	-2,4	-5,5	-3,4	-5,1
NE-Metallindustrie	-0,2	-1,0	-7,1	-11,0	-8,7	-5,0
Metalltechnische Industrie	8,8	-0,7	-6,1	-6,3	-1,8	-10,3
Fahrzeugindustrie	15,2	13,6	6,6	-3,6	-2,7	-16,3
Elektro- u. Elektronikindustrie	-2,1	-3,5	5,2	2,6	1,5	1,3
Industrie insgesamt [inkl. Bauind.]	6,0	0,6	-4,1	-9,2	-9,2	-11,6

Q.: Statistik Austria; Konjunkturstatistik Produzierender Bereich; *Darstellung ohne Mineralölindustrie bzw. Gas- u. Wärmeversorgungsunternehmen; Sonderauswertung nach der Kammersystematik, Abgesetzte Produktion (Güterliste 1 + Liste 2), 2019 vorläufig (inkl. BSI-Adaptierung) & 2020

Branchenübersicht

Rückgang der industriellen Produktion



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung					
Einschätzung 2. Quartal 2020	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	4.Q19/4.Q18 in Prozent	Einschätzung 2.Q20/2.Q19	4.Q19/4.Q18 in Prozent	Einschätzung 2.Q20/2.Q19	Einschätzung 2.Q20/2.Q19
Bergwerke und Stahl	-9,6	↓	-1,8	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-0,8	↔	-0,8	↔	↔
Glasindustrie	1,0	↓	2,1	↓	↓
Chemische Industrie	-2,7	↓	3,0	↔	↓
Papierindustrie	-6,9	↓	2,1	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-3,9	↔	-0,7	↔	↔
Bauindustrie	9,4	↓	5,4	↓	↓
Holzindustrie	-3,2	↓	1,8	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5,5	↓	3,1	↔	↓
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-5,5	↓	-6,0	↓	↓
NE-Metallindustrie	-11,0	↓	2,3	↔	↓
Metalltechnische Industrie	-6,3	↓	-3,1	↓	↓
Fahrzeugindustrie	-3,6	↓	-0,3	↓	↓
Elektro- und Elektronikindustrie	2,6	↓	11,9	↔	↓
Industrie gesamt	-9,2	↓	1,0	↔	↓

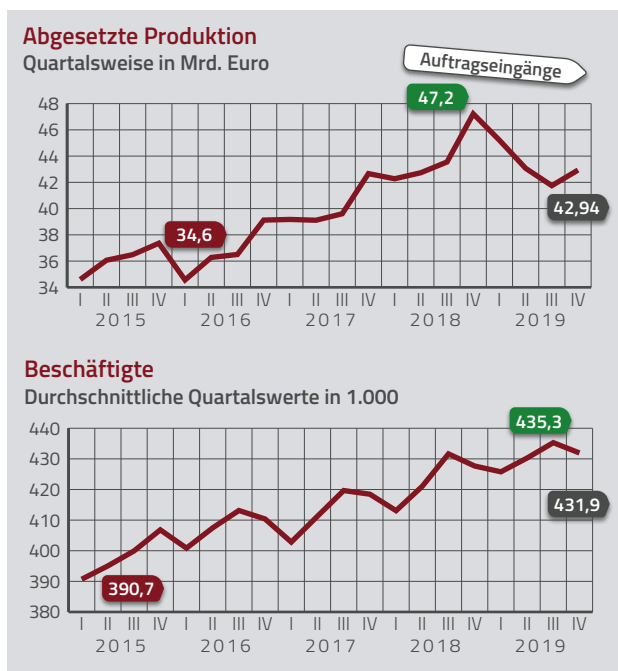
Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik, Anm.: Vorläufige Daten 2019 (inkl. BSI-Adaptierung) & 2020; 1) Eigenpersonal; Dynamik der Industrie Insgesamt (inkl. Mineralölkönd., Gas- und Wärmeversorgungsunt.).

Gesamtindustrie

Konjunktureinschätzungen der Industriefachverbände für das 2. Quartal 2020

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktureinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigen für das 2. Quartal 2020 überwiegend negative, in einzelnen Industriegruppen sogar stark negative Tendenzen, gerade was die Auftragseingänge und die Produktion betrifft (Saldo der abgefragten 14 Fachverbandseinschätzungen).

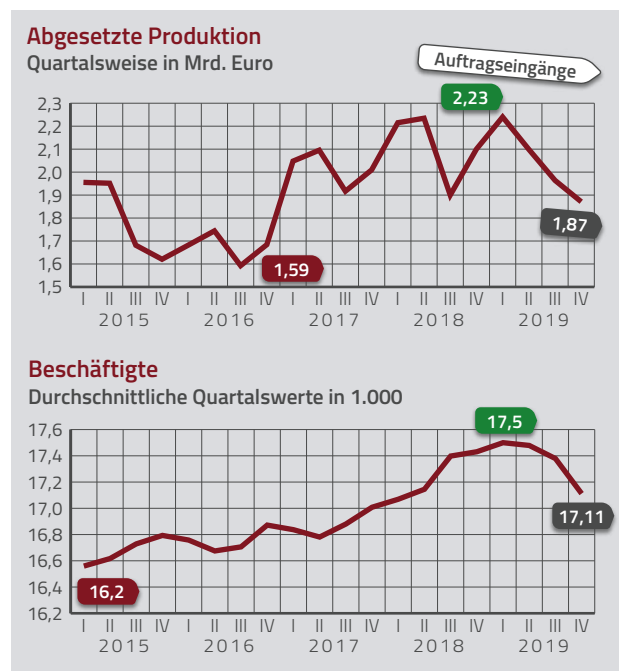
86 % der Befragten erwarten ein – mitunter stark – sinkendes Niveau bei den Auftragseingängen bzw. der Produktion im 2. Quartal 2020. Kritisch zeigt sich die Lage insbesondere bei den Auftragseingängen: 64 % der Respondenten stellen sich auf ein stark sinkendes Niveau ein. Bei der Produktion fällt die Einschätzung nicht gänzlich pessimistisch aus: Sechs Industriebranchen erwarten ein sinkendes, sechs ein stark sinkendes Niveau. Besondere Betroffenheit offenbart sich in der Glasindustrie, der chemischen Industrie, der Holzindustrie, der Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, und Lederindustrie oder der Metalltechnischen Industrie. In sechs der befragten Industriegruppen wird der Beschäftigtenstand im 2. Quartal 2020 erwartungsgemäß zurückgehen, in einem davon – der Glasindustrie – besonders stark.



Bergwerke und Stahl

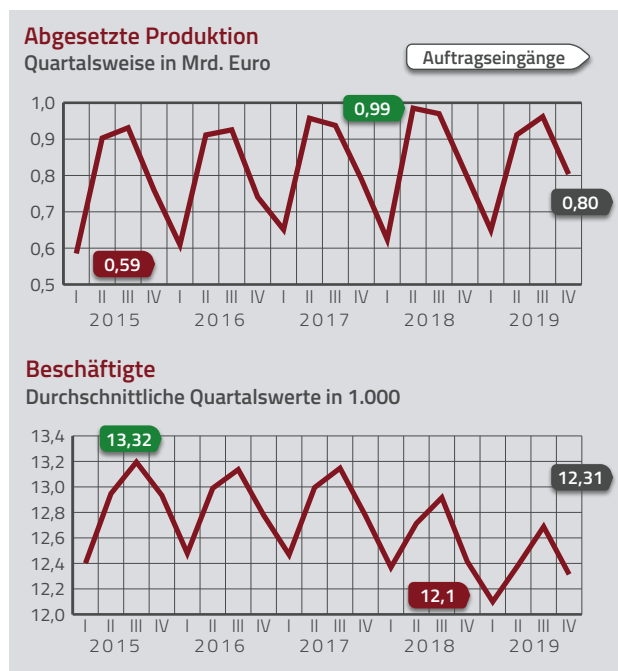
COVID-19 wirkt sich weiterhin stark negativ auf die globale Wirtschaftsleistung aus. In der Stahlindustrie lassen sich wie zu Ende des 1. Quartals 2020 Produktionsrückgänge, Rückgänge bei den Auftragseingängen und die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeit feststellen. Außerdem könnten europäische Stahlindustriunternehmen durch eine falsche Rettungspolitik nach der COVID-19-Krise in ihrer Wettbewerbsfähigkeit hinter China und den USA stark zurückfallen.

Der globale Abwärtstrend, trifft auch den Bergbau. Die Anfang des Jahres bestehenden positiven Erwartungen werden sich bedingt durch die Krise nun nicht erfüllen. Aktuell ist mit weiteren Nachfrage- und Produktionsrückgängen sowie Kurzarbeitsmaßnahmen zu rechnen.



Stein- und keramische Industrie

Die Baukonjunktur ist im 2. Quartal wieder gut ange-
laufen, die Baustoffunternehmen laufen überwiegend
wieder auf Vollbetrieb mit guter Auslastung im Bereich
Hochbau und regional unterschiedlicher Situation im
Tiefbau. Die Exportsituation ist aufgrund von Grenzschie-
ßungen und der Coronafolgen schwierig. Im Bereich
Steine-Keramik sind hauptsächlich Industrielieferer im
Export tätig. Nicht zuletzt weil die europäische Industrie
beim Recovery gut liegt, ist mit einer etappenweisen
Verbesserung der Exportsituation zu rechnen. Da sich die
Nachfrage am Bauproduktmarkt im 2. Quartal gut erholt hat, sind
die Preise nicht mehr unter Druck als sie es schon vor
Corona waren. In den letzten Wochen sind für die Unter-
nehmen Kosten entstanden, die durch AMS- und Corona-
Förderungen zum Teil abgedeckt werden konnten. Durch
die gute Erholung im Bausektor ist auf eine baldige Über-
windung der Coronafolgen zu hoffen, jedoch nicht ohne
Auswirkungen auf die Jahresbilanz der Unternehmen.
Aufgrund von Einnahmefällen und erhöhten Sozia-
lausgaben der Gemeinden kann in der 2. Jahreshälfte
mit Rückgängen der regionalen Bautätigkeit gerechnet
werden, was sich bremsend auf die Investitionsbereit-
schaft der Unternehmen auswirkt. ■

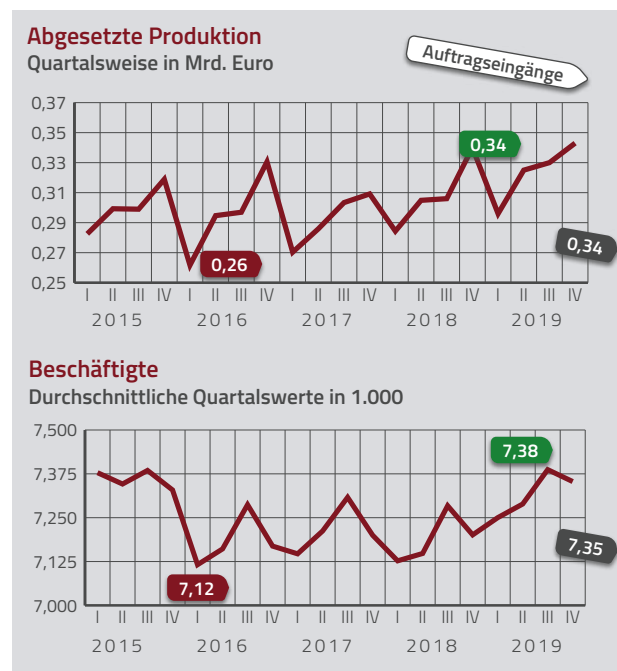


Glasindustrie

Die Glasbe- und -verarbeitende Branche ist von den
Auswirkungen des Coronavirus schwer betroffen. Die
Betriebe müssen teilweise mit Auftragsrückgängen von
bis zu 50 Prozent kämpfen und der überwiegende Teil
der Branche arbeitet in Kurzarbeit. Durch die Wiederöff-
nung der Baustellen hat sich die Lage leicht entschärft
und die Produktion fährt wieder langsam an.

Die Umsatzeinbrüche im Bereich Wirtschaftsglas und
Schmuck sind dramatisch. Die Auftragseingänge sind durch
die Geschäftsschließungen massiv eingebrochen und
betragen höchstens ein Viertel des normalen Niveaus. Die
stärksten Auslandsmärkte Amerika und Asien sind cor-
onabedingt komplett ausgefallen. Die Produktionen stehen
förmlich still und die Belegschaften sind in Kurzarbeit.

Die schweren Auswirkungen der Krisensituation sind auch
in der Verpackungsglasindustrie spürbar. Wesentliche Markt-
segmente wie die Hotellerie und Gastronomie sowie
Verpackungen im hochpreisigen Bereich bei Spirituosen und
Parfums sind völlig weggebrochen. Der Absatz von Verpa-
ckungen für die Pharma-, Getränke- und Lebensmittelin-
dustrie befindet sich auf leicht sinkendem Niveau. ■



Chemische Industrie

Mit Ausnahme der Pharma- bzw. Medizinbranche, Reinigungsmitteln und dem Bereich der Lebensmittelverpackung sind nahezu alle Bereiche der chemischen Industrie stark von der Wirtschaftskrise auf Grund der Corona-Pandemie betroffen. So wurden Umsatzeinbrüche verzeichnet, viele Betriebe rechnen auch über das Gesamtjahr 2020 mit Rückgängen von etwa 20 Prozent. Besonders stark wirkt sich die Krise auf Automobilzulieferbetriebe aus, aber auch die Bauchemie sowie Systemgastro- und -hotellerie-Zulieferer sind mit deutlichen Einbußen konfrontiert. Ebenso wird für die Kunststoffverarbeitung auf Grund der internationalen Konjunkturerinbrüche und dem hohen Exportanteil der chemischen Industrie (70 %) mit Rückgängen gerechnet.

Auch wenn derzeit noch versucht wird, die Mitarbeiter in den Betrieben zu halten, wird die Krise in den nächsten Monaten in einigen Unternehmen zu Restrukturierungen führen und der derzeit hohe Beschäftigtenstand nicht zu halten sein. Aktuell besteht große Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Papierindustrie

Trotz der Konjunkturerinbrüche zum Jahreswechsel waren die Produktionszahlen im 1. Quartal im Plus. Mit Beginn der Coronamaßnahmen der Regierung im März bremste sich diese Entwicklung jedoch stark ein. Im 2. Quartal geht die Produktion um rund zehn Prozent zurück, die Exporte noch deutlich stärker. In den Sektoren zeigt sich, dass es im Bereich Verpackung und Spezial teilweise Mengensteigerungen gibt, die Verluste bei den Grafischen jedoch bei -10 bis -50 Prozent liegen. In einer Phase mit sinkenden Erlösen bei Papier und Zellstoff, gepaart mit einem Exportminus, geht auch der Gesamtumsatz zurück, seit März um 15 Prozent. Das Preisniveau bei Holz bleibt zurzeit weitgehend stabil. Altpapier war im 1. Quartal günstiger mit einem Durchschnittspreis je Tonne unter 100 Euro. Auch der Zellstoffpreis der Referenzsorte NBSK hat aufgehört zu fallen und steht zurzeit bei 850 Dollar. Die Zahl der Beschäftigten lag zuletzt bei 8.000 Personen, inklusive der Personen in Kurzarbeit. An den jeweiligen Standorten wird zurzeit aber noch immer viel in Energie investiert, ein Wasserkraftwerk an der Traun in Laakirchen ist mittlerweile in Betrieb. 2020 werden zudem größere Investitionen abgeschlossen: In Hallein wird eine Bio-Ethanol-Anlage gebaut, in Nettingsdorf wird die gesamte Energie-Anlage erneuert, in Lenzing werden Kapazität und Umweltschutz verbessert. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Heterogenität der Branche zeigt sich in dieser Ausnahmesituation sehr stark. Es gibt sowohl PROPAK-Mitglieder, die seit 16. März keinen oder kaum mehr Aufträge bekommen haben, als auch solche, die zu Beginn der Krise in der Auftragslage noch über dem Vorjahr lagen. Gut beschäftigt waren bis April Firmen, deren Kundenstruktur nahe an der Grundversorgung liegt. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt eine – von den Supermärkten getrieben – gute Auslastung. Betriebe, die z. B. die Automobilindustrie beliefern, hatten von Beginn an mit starken Einbrüchen zu kämpfen. Buchbindereien und Nischenprodukte hatten es dagegen von vornherein sehr schwer. Mittlerweile manifestieren sich in allen Bereichen rückläufige Tendenzen. Die PROPAK Branche ist – jedenfalls war das in der Vergangenheit immer so – nicht der größte Verlierer in Krisen. Aber sie kann sich der Situation nicht entziehen. Die Auftragslage hat sich ab Anfang Mai ins Negative verkehrt.

Bauindustrie

Die massiven Produktionshemmnisse der letzten Wochen konnten in den meisten Bereichen weitgehend abgefedert werden. Dementsprechend hat sich die Stimmungslage in den Unternehmen, wieder deutlich gebessert. Dennoch fehlt in der Bauindustrie nahezu ein ganzer Produktionsmonat. Da zumindest bei laufenden Projekten versucht wird, die entgangenen Leistungen aufzuholen, dürfte die Bauproduktion insgesamt in diesem Jahr nur geringfügig sinken. In den meisten Unternehmen sind die Auftragsbücher für 2020 noch gefüllt, für 2021 ist die Erwartungshaltung allerdings gedämpft. Im 1. Quartal sind die Baupreise gegenüber dem Vorjahr noch um etwa drei Prozent angestiegen. Für das 2. Quartal liegen noch keine Daten vor und Prognosen sind derzeit nicht möglich. Die außergewöhnlichen Schutzmaßnahmen für die Fortführung des Baubetriebs führen zu erheblichen Mehrkosten bei der Ausführung. Diese können nur zum Teil an den Auftraggeber weiterverrechnet werden. Aufgrund der zum Teil mehrwöchigen Stillstände, waren im März und April die Arbeitslosenzahlen für den gesamten Hoch- und Tiefbau, im Vergleich zum Vorjahr, mehr als doppelt so hoch. Nach ersten Schätzungen dürfte der Beschäftigtenstand allerdings wieder annähernd auf Vorjahresniveau liegen.

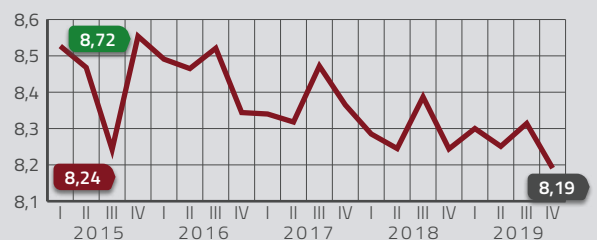
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



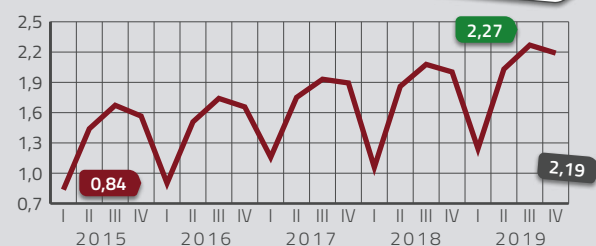
Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



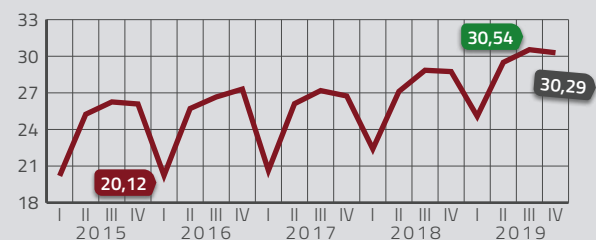
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

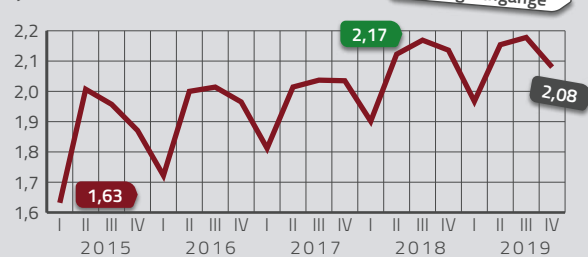
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Holzindustrie

Die Auftragslage hat sich gegenüber dem 1. Quartal weiter verschlechtert. Gründe dafür waren Betriebs-schließungen und die unsichere wirtschaftliche Lage aufgrund der COVID-19-Krise. Wie sich bereits im März abgezeichnet hat, war die Produktion in allen Bereichen der Holzindustrie auch im 2. Quartal weiterhin rückläufig. Auch die rückläufigen Exporte schlugen im 2. Quartal voll durch. Dabei sind nicht alle Exportmärkte gleichermaßen von der COVID19-Krise betroffen. Die Preisentwicklung weist im 2. Quartal 2020 eine weiterhin rückläufige Tendenz auf. Nachfragebedingt sind die Kosten für Energie und Rohstoffe aber weiter gesunken. Die Aufrechterhaltung der Liquidität der Betriebe steht derzeit im Vordergrund. Die Beschäftigtenzahlen in der Holzindustrie werden geprägt von der Entwicklung der Kurzarbeit. Es ist davon auszugehen, dass durch die Inanspruchnahme der Kurzarbeit die Beschäftigtenzahl in der Holzindustrie weiterhin relativ stabil bleibt. Auch Investitionen wurden nun verschoben. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



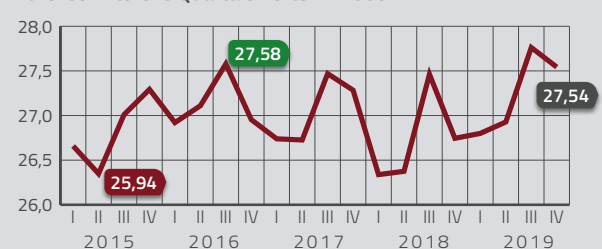
Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Auch das 2. Quartal 2020 steht ganz im Zeichen der „Coronaviruskrise“ für die österreichische Lebensmittelindustrie. Laut einer Umfrage des Fachverbandes unter den Unternehmen der Lebensmittelindustrie ging in den Monaten März und April die Umsatzentwicklung insgesamt um zehn Prozent zurück. Lediglich die Umsätze an den Lebensmitteleinzelhandel konnten wegen der gestiegenen Nachfrage um rund 20 Prozent zulegen. Umsatzeinbußen gab es in diesem Zeitraum vor allem bei den Lieferungen an den Lebensmittelgroßhandel (-30 %), an die Weiterverarbeiter (-18 %) sowie an die Gastronomie und Hotellerie (-50 %). Darüber hinaus ist auch ein Minus von 13 Prozent bei den Exporten in die EU sowie ein Minus von rund 15 Prozent in Drittstaaten zu verzeichnen. Aktuell verliert die österreichische Lebensmittelindustrie allein im Export ein Volumen von rund 80 Millionen Euro pro Monat. Seit Mitte Mai 2020 haben sich die krisenbedingten Herausforderungen im Bereich der Nachfrage bei vielen Lebensmitteln und Getränken sowie die Situation an den Grenzen deutlich entspannt. Die weitere Entwicklung wird sehr stark von der Entwicklung des Sommertourismus in Österreich und natürlich auch von der internationalen Nachfrage nach Lebensmitteln und Getränken „Made in Austria“ abhängen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Generell kann für alle Unternehmen des FV TBSL gesagt werden, dass die Kurzarbeit in Anspruch genommen wurde und eine Verlängerung bis Ende 2020 als notwendig erachtet wird. Unsicher ist, wann die weltweit unterbrochenen Lieferketten wieder funktionieren, um die Produktion zu gewährleisten. Die Auswirkungen des Shutdown im Einzelhandel, der Stillstand im Tourismus, im Kultur- und Freizeitbetrieb, im Kur- und Rehabereich hat die Unternehmen der Bekleidungsindustrie und der Wäschereien stark getroffen. Die Auftragslage für 2020 ist je nach Produktgruppe zwischen 0 und -50 Prozent im Vergleich zu Vorjahr rückläufig, jedoch wird ein Produktionsrückgang von max. 25 % erwartet. Die Schuh- und Lederwarenindustrie gehört mit ihren eingebrochenen Aufträgen zu den am meisten betroffenen Industrien durch COVID-19 und es droht eine Insolvenzwellen. Die Auftragslage in der Ledererzeugenden Industrie ist im Mai stark gesunken, Kundenwerke stehen still, ab Juni rechnet man wieder mit einer Erhöhung Laut Wifo-Bericht vom April 2020 schätzen 69,2 Prozent der Unternehmen der Textilindustrie die Umsatzentwicklung negativ ein. 46,2 Prozent erwarten einen Produktionsrückgang in den nächsten drei bis vier Monaten.

NE-Metallindustrie

Das COVID-19-Virus beherrscht wie am Ende des 1. Quartals die globale Wirtschaftsleistung sowie die österreichische Aluminiumindustrie. Auf Grund der momentan instabilen Lage lassen sich starke Rückgänge bei den Produktionsaufträgen und bei den Auftragseingängen feststellen, die Unternehmen setzen verstärkt auf Kurzarbeit. Ein positiver Aspekt ist zu erkennen, da manche Aluminiumproduktionsstätten als systemrelevant eingestuft wurden.

In der österreichischen Kupferindustrie, bleibt die Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden sowie den Kupferhalbfabrikaten (copper semis) trotz Krise bisher weitgehend stabil. Wegen der anhaltenden allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit muss auch hier mit Rückgängen bei Auftragseingängen und bei der Produktion gerechnet werden.

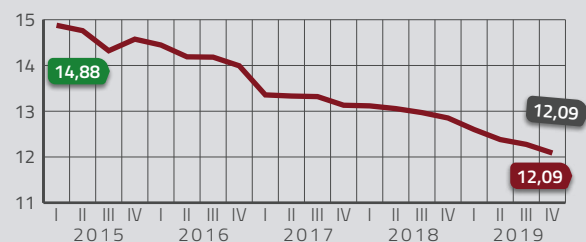
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



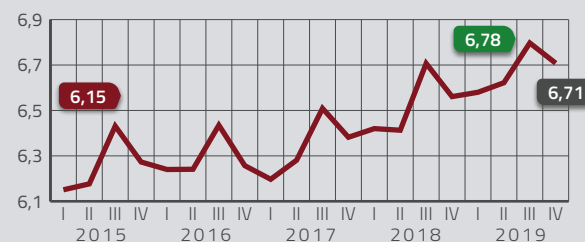
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Metalltechnische Industrie

Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Metalltechnische Industrie sind beispiellos, innerhalb weniger Wochen ist die Auslastung um ca. 40 Prozent zurückgegangen. Die Auftragslage ist sowohl beim Maschinenbau als in der Metallwarenindustrie eingebrochen. Die Unternehmen erwarten in den nächsten Wochen eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Lage. Auch die mittelfristigen Aussichten sind negativ. Für das Gesamtjahr erwarten die Unternehmen einen Umsatzrückgang von rund 21 Prozent. Momentan gehen die Firmen verbreitet in Kurzarbeit, dieses Instrument wird auch weiterhin stark genutzt, um Beschäftigtenabbau zu vermeiden. Auf der Seite der Zulieferer gibt es massive Disruptionen, ca. die Hälfte der Unternehmen berichten von Ausfällen in der Lieferkette, die die Produktion einschränken. Investitionen werden momentan Großteils verschoben, im Vordergrund steht die Sicherung der Liquidität. ■

Fahrzeugindustrie

Zu Jahresbeginn 2020 erwarteten die in der österreichischen Fahrzeugindustrie tätigen Unternehmen in Summe ein – mit 2019 vergleichbares – hohes Produktionsvolumen (18,3 Mrd. Euro). Mit der Coronakrise hat sich dieses Bild deutlich gedreht und es wird nun in der Fahrzeugindustrie im Gesamtjahr 2020 ein Produktionsrückgang von 18 Prozent erwartet. Als Reaktion auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kam im März bei rund 40 Prozent der Unternehmen Kurzarbeit zur Anwendung. Betroffen davon waren etwa 54 Prozent der Beschäftigten in der Fahrzeugindustrie. Im April wurde die Maßnahme „Kurzarbeit“ bereits von 81 Prozent der Unternehmen angewandt – der Beschäftigtenanteil in Kurzarbeit stieg auf knapp 90 Prozent. In vielen Bereichen der Fahrzeugindustrie wurde die Produktion im April weitestgehend eingestellt. Seit Anfang Mai wird die Produktion in weiten Teilen der österreichischen Fahrzeugindustrie langsam wieder hochgefahren. Im 2. Quartal 2020 wird im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nun ein Produktionsrückgang von 40 Prozent erwartet. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

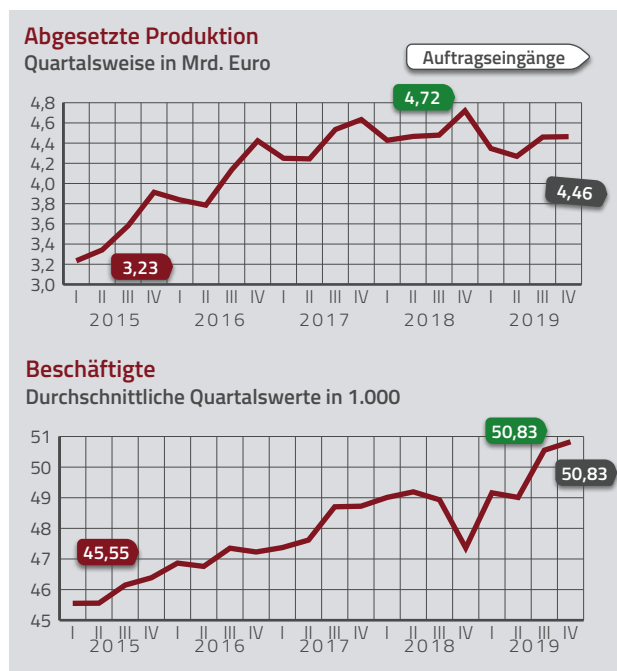


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise zeigen sich in der Elektro- und Elektronikindustrie im 2. Quartal 2020 in vollem Ausmaß. Die Produktion im 2. Quartal zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine leichte bis starke Abschwächung. Auch die Exportnachfrage ist im 2. Quartal leicht gefallen. Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist aufgrund von Kurzarbeit und Unterbrechungen in der Lieferkette stark zurückgegangen. Die Anzahl der in der Elektro- und Elektronikindustrie Beschäftigten ist jedoch weiterhin gut. Durch Kurzarbeit konnte die überwiegende Mehrheit des Eigenpersonals gehalten werden. Das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzte Fremdpersonal sinkt dagegen stark gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der ersten Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 und unter der Annahme, dass es im 2. Halbjahr keinen weiteren Lockdown in diesem Ausmaß geben wird, geht die österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie mit einer leichten Erholung der wirtschaftlichen Situation im 3. Quartal 2020 aus. ■



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand:

Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:

Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,

Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang

Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst,

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:

Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie,

A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63,

Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung,

A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut,

A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),

Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)

www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar,

www.floorfour.at

Coverbild: OMV

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag. Georg Kapsch, Mag. Andreas Märk,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,

Mag. Philipp Brunner, Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH,

A- 2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

